

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 3.—, Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zingierstraße 14, II. Tel. 3466. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zingierstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Petitzeile mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinskonzessionen 25 Pf. Inserate müssen bis höchstens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 199.

Dresden, Mittwoch den 28. August 1912.

23. Jahrg.

Kaiserparaden.

z. K. Die sächsische Armee hat in diesem Jahre Kaiserparaden, die mit großen Paraden beginnen. Kriegsgemäß sind solche Paraden ganz und gar nicht, denn am Anzuge und während eines Krieges hat man selbstverständlich keine Zeit, große Paradeschauspiele aufzuführen. Auch in den Operationspausen braucht man die Kavallerie zu etwas anderem, als zum Reiten von Parademärschen.

Welche Arbeit und Umständlichkeiten die vor den Kaiserparaden abgehaltenen großen Paraden den Truppenteilen verursachen, haben wir einmal genauer beobachtet. Abgesehen davon, daß mit der Einübung der Paradeabstellung und des Paradeaufmarsches eine Menge Zeit verstrichen wurde, wurde den Truppen von zwei Armeekorps eine bessere Garnitur mit Riflen in das Paradegebiet nachgeschickt. Die kleineren Märsche, die vor den Kaiserparaden stattfanden, absolvierten sie in Garnituren minderer Qualität; vor der Kaiserparade aber wurden sie in andere schönere Gewänder gewechselt. Wie viel allein der Transport der unzähligen Riflen und zum „Kriegsschauspiel“ kostete und wie er den Güterverkehr hinderte, wissen die Götter. Vielleicht geht es in Sachsen auch so, daß die Truppen vor der Kaiserparade bessere Uniformen erhalten.

Die Kaiserparaden werden mit der Behauptung verteidigt, das Wandern kleinerer Armeen gegeneinander sei notwendig, weil die höheren und höchsten Führer dabei Gelegenheit erhalten, die Leitung größerer Verbände im Frieden zu üben. Wie anschaulich diese Anschauung ist, lehrt der preussische Sieg von 1866. Die preussische Armee hat hier ihre Sache gewiß nicht schlecht gemacht, obwohl ihre höheren und höchsten Führer im Frieden niemals große Verbände kommandiert hatten. Aber auch wenn man annimmt, daß die Kaiserparaden großen Stills für den Kriegsfall wirklich von Bedeutung seien, so bleibt dennoch die Frage übrig, warum die Sache so fast spielförmig arrangiert wird. Da werden die fremden Militärattachés, werden Prinzen, manchmal sogar fremde Potentaten eingeladen, obwohl ihre Anwesenheit zur Erhöhung der Kriegsmöglichkeit der Übungen nichts beiträgt. Im Gegenteil! Es ist immer peinlich, wenn vor Ausländern etwas nicht klappert. Diese Gäste aber kosten natürlich sehr viel Geld.

Speziell die Kaiserparaden werden mit einem großen Nimbus von militärischer Gelehrtheit umgeben. In ihnen wird immer ein strategisches oder taktisches Problem gelöst, das manchmal freilich in Frieden eigentlich gar nicht gelöst werden kann. So war z. B. vor ein paar Jahren zwei Armeekorps die Aufgabe gestellt, sich gegen zwei feindliche Armeekorps so lange zu halten, bis das zu ihnen gehörige, aber zwei Tagemärsche vom Kampfschauplatz entfernte dritte Armeekorps zu ihrer Unterstützung eingetroffen war. Das war für den Frieden ein sonderbares Verlangen, denn im Frieden darf bekanntlich nicht scharf geschossen werden, und dadurch wird es dem Verteidiger sehr erschwert, sich gegen die unabweisbaren Angriffe tagelang erfolgreich zu wehren. Welches Problem in diesem Jahre seiner Lösung entgegengeführt wird, ist noch nicht bekannt, weil die Kriegslagen noch geheim gehalten werden.

Nebenbei werden in den Kaiserparaden auch allerlei neue Einrichtungen erprobt, z. B. fahrbare Feldküchen, Feldbäckerei, Luftschiffe, Flugapparate usw. Da diese Dinge praktisch geübt werden müssen, ist klar; aber dazu braucht man nicht die ungeheuer teuren Kaiserparaden. Sie könnten bei den gewöhnlichen Märschen ebenfalls erprobt werden, und zwar bedeutend billiger.

Nun auch noch ein Wort über die Gefühle der Teilnehmer an den Kaiserparaden. Für die Generale und viele Stabs-offiziere sind die Kaiserparaden insofern angenehm, als sie ihnen Orden und Abzeichen eintragen. Für die anderen Choren, vor allem für die Unteroffiziere und Mannschaften, sind die Kaiserparaden hingegen sehr strapazierend. Die Truppen müssen kolossale Märsche zurücklegen; dabei ist aber ihre Rüstung unzureichend. Auch müssen sie blivakteren. Ist das Wetter heiß, so gibt es zahlreiche Fälle von „Schlappwerden“ und Hitzschläge. Ist es kühl und naß, so frieren die Leute in der Nacht in den Wägen und auf Vorposten. Unangenehm ist für sie die Sache auf jeden Fall nicht.

Und was das Volk anbelangt, so kosten ihm die Kaiserparaden ein Geld. Auch die Gemeindefürer der Orte, die der Kaiser voraussichtlich besuchen wird, geben erhebliche Summen für Dekorationen und Repräsentation aus. Das Geld, das hier für Girlanden, Triumphbögen usw. verauslagt wird, könnte man aber im Winter sehr gut zur Unterstützung Armer brauchen.

Europa und die Balkengefahr.

Vor einer Woche wehten alle offiziellen Wiener und Budapest Redaktionen die Fiedern zu Freudenartikeln. Graf Berchtold hatte einen Vorschlag zur Ordnung der Balkengefahr den Mächten vorgelegt. Es mußte eine große und segensreiche Idee sein. Denn alsbald füllten sich die freiwillig und unfreiwillig offiziellen Zeitungen mit Zustimmungsklausen aus aller Herren Länder. Aber zweierlei wehte westwärts. Deutschland stimmte zu, obwohl ausdrücklich gesagt wurde,

man habe es nicht vorher gestagt, um den Schein einer Aktion der mitteleuropäischen Mächte zu vermeiden, und es stimmte zu, obwohl der Vorschlag der Türkei nicht genehmigt sein konnte. Andererseits sollten auch die anderen Großmächte entschlossen sein, dem Vorschlag beizutreten. Gleichwohl war es gewiß, daß Berchtold den Vorschlag nur ausgenommen hatte, um dem gemeinsamen Vorgehen der Ententemächte auf dem Balkan zuzuvorkommen. Ein drittes Bedenken bei der Vorklage selbst.

Was enthielt er? Angeblich weder eine Einmischung der Mächte, noch eine europäische Kontrolle, sondern den Vorschlag, daß man in Konstantinopel, Sofia und Cetinje zum Guten rede. Das war also entweder überhaupt nichts oder der Stimm lag in den Worten, die Türkei sei zu fördern in ihren Bestrebungen, das Uebermaß von Zentralismus in der Verwaltung zu beseitigen.

Wie kam aber Oesterreich-Ungarn zu einem solchen Vorschlag? Man weiß in Wien am besten, daß jede Form von Autonomie, die von der Türkei einem ihrer Völker gewährt wird, mit der Loslösung endet. Die Herabstufung des osmanischen Reiches war jedoch bisher die Politik der Ententemächte gewesen, nicht die Politik Oesterreichs. Wenn dieses die Aufgabe übernahm, die sich England und Rußland in Reval vorgesetzt hatten, kam es der Entente allerdings zuvor — jedoch als Rivale ihrer Pläne. Es mußte trotzdem den Widerstand der drei verbündeten Mächte gewärtigen, denn warum sollten sich diese nicht die Gelegenheit entgegen lassen, den Argwohn von neuem zu schüren, den die Annexionsstrie zurückgelassen hatte? Warum sollten sie vor allem nicht das Vorgehen Oesterreich-Ungarns dazu benutzen, um Italien noch stärker zu sich hinüber zu ziehen? Denn Italien mußte in dem Vorschlag den Verlust sehen, die Albaner durch Unterstützung ihrer Autonomieerwünsche zu gewinnen. Das ist denn jetzt auch eingetreten. Berchtolds Presse, die gestern jubelnd, jammert ganz erträglich. In Frankreich sei Ritzrauen laut geworden. Poincaré vertrage es nicht, daß ihm der Erfolg seiner Reise durch Berchtold verdunkelt werde. Italien höhnt, daß die Türkei die Donaumonarchie fragen möge, wie es seinen eigenen Völkern, zum Beispiel in Serbien, beenden wolle. Sogar in Deutschland wurden Stimmen des Mißtrauens hörbar. Berchtolds Presse schreibt aber mit großer Emphase das Wort Wilhelm von der Kampfgemeinschaft, das Wort des Geburtstagskostes aus; die Politik der „schauenden Wehr“ dauere fort. Vor allem wird jedoch Konstantinopel unwirksam. Die Jungtürkenblätter nehmen den Vorschlag als Beweis dafür, daß man sich gegen die Türkei alles herausnehme, weil die nationale Wachtrost der Jungtürken gestürzt worden sei.

Trotz aller Prekmache, die nirgends unerschämter betrieben wird als in Wien, beginnt bald dieses, bald jenes Blatt schlichtern zu fragen, ob Oesterreich-Ungarn nicht wieder einen weltgeschichtlichen Irrtum begangen hat. Und besonders wird der Mißerfolg Berchtolds an den Vorgängen anschaulich, die sich in den kleinen Nachbarländern abspielen. Nicht einmal das kleine Montenegro kümmert sich um die Wiener Klünke. Täglich wird an den Grenzen Montenegros gekämpft und täglich deckt die Flamme eine papierene Friedensfertigung zu. Ob Montenegro wirklich mobilisiert? Die Frage ist müßig. Das kleine Land bringt keine Bewaffneten in wenigen Tagen auf die Beine. Sie bilden eine Miliz, die in den ersten zwei „Rekrutentagen“ zwei Monate dient, hierauf jährlich auf 18 Tage einberufen wird. Im aktiven Heer dauert die Militärdienstpflicht bis zum 52., in der Reserve bis zum 62. Jahre. So vermag das Land bei einer Bevölkerung von 247 000 Einwohnern und bei einem Gesamtbudget von 3,8 Millionen telegraphischer Befehl unterrichtet alle Brigadekommandos, die zugleich die administrativen Kreisbehörden sind, diese die Partisanenbezirke. Von hier aus tragen Voten und Wäckerl die Nachricht in jede Gasse. Alsbald rückt der Unteroffizier mit seinen zehn Mann im Orte des Kompaniekommandos ein. Alles zieht bewaffnet nach den Sammelplätzen. Da die wenigste Landwirtschaft ausschließlich von Frauen besorgt wird, der Handel in italienischen Händen liegt, der echte Tschernagore auch das Gewerbe verachtet, so ist der Uebergang in den Kriegszustand hier wahrlich ein Vorgang, der keine Schwierigkeiten verursacht. Was aber Bulgarien anlangt, so besitzt es eine vortrefflich ausgebildete Feldarmee mit einem Gefechtsstand von 202 000 Mann, 6000 Reitern und 700 Geschützen, die Volkswehr ungerichtet.

Unter solchen Umständen wird man begreiflich finden, daß Graf Berchtold nach seinem ersten sehr triumphatorischen Auftreten jetzt von unbehaglichen Empfindungen befallen wird. Seine Reise nach Rumänien lüch den letzten Bundesgenossen, und in Rumänien ist man höflich, hat ja auch zunächst von der Türkei nichts zu erden. Doch bis zur Selbstauflösung wird man die Höflichkeit nicht treiben. Berchtolds Vorschlag hat die Begehrlichkeiten der kleinen Balkanvölker neu belebt und die Schranke fast niedergelegt, die sie vom Ziele trennt.

Die mazedonischen Wirren.

Sonntag, 27. August. Die von Adrianopel nach Philippinen entsandten Truppen sind nach Adrianopel zurückgeführt. Die Regierung hat eine strenge Untersuchung angeordnet, ob die Gerichte sich bewahren, daß die serbische Bevölkerung des Wilajets Koffowo

Befähigungen aufgesetzt und zahlreiche Serben ermordet worden seien. Ähnliche Meldungen hierüber liegen nicht vor. Weiter hat die Regierung angeordnet, daß in Anbetracht der den Armaten gewährten Amnestie die Gefährdung der Waffenpost und die Oeffnung der Gefängnisse als Revolte angesehen und die Schuldigen zu verfolgen seien.

Die von Mohammedanern bewohnte Ortschaft Jovic wurde von Montenegrinern eingeäschert und ausgeplündert.

In der Gegend von El Bozar hat ein heftiger Kampf zwischen türkischen Truppen und den Malissoren stattgefunden. Die Truppen hatten drei Tote und mehrere Verwundete. Die Malissoren zogen sich zurück, nachdem sie 12 Mann verloren hatten.

Montenegrinische Mobilisierung.

Belgrad, 27. August. Aus sicherer Quelle wird mitgeteilt, daß der König von Montenegro einen königlichen Erlass der Oeffentlichkeit bekannt geben wird in dem alle wehrfähigen Männer Montenegros aufgefordert werden, sich unter die Fahnen zu stellen und an der Verteidigung des Vaterlandes mitzuwirken.

Ein Vordringungsversuch der Insel Samos.

Die englische Regierung hat nach einer Londoner Meldung die Pariser und Petersburger Kabinette ersucht, sich ihr anzuschließen, um die Aufmerksamkeit der griechischen Regierung auf das Vorgehen gewisser Griechen und Kreter zu lenken, die bezwecken, eine Organisation ins Werk zu setzen, um auf der Insel Samos zu landen und zu veranlassen, daß diese Insel von Griechenland annektiert werde.

Das Vorgehen der englischen Regierung wird durch folgende Meldung verständlich:

Belgrad, 27. August. Aus Athen wird über den am 25. August von 600 Kretern geplanten und von den europäischen Konsuln derbitterten Handreich auf Samos dem Secolo berichtet: Der Plan ging von dem von den Türken zum Tode verurteilten samositanen Patrioten Themistokles Sophulis aus. Der griechische Dampfer Nicajos sollte am 25. August morgens in Ponta Walfen und Wulstien landen und danach beim Dorfe Georgepulis 600 Kriegergäste ehemalige kretische Krieger aufnehmen. Die Konsuln von Rußland und Frankreich, die das auffällige Zusammenkommen der bekanntesten Revolutionäre in Kreta bemerkten, forderten Aufklärung von der Regierung von Kreta. Diese antwortete nicht. Erst in letzter Stunde erfuhr die Konsuln den Plan und forderten telegraphisch Verhaftungsmaßnahmen von ihren Regierungen. Sie benachrichtigten darauf die kretische Regierung, daß die Abfahrt erforderlichenfalls gewaltsam verhindert werden würde. Der englische Kreuzer Minerva nahm die Anker auf und kreuzte vor Kreta. Auch ein russischer Kreuzer fuhr längs der Küste hin. Infolgedessen wurde die Abfahrt der Nicajos verhindert. Ihr Führer Sophulis wolle in Athen in Erwartung des Zehens zur Abfahrt nach Samos.

„Ein sehr erfreuliches Ergebnis.“

Freiheit, du siehst, denkt die agrarische Berliner Reichsregierung. Und so beauftragte sie einen ihrer Leute, die dazu angeheißt sind, alles zu beweisen, mit der Abfassung eines Artikels, in dem der gegenwärtige Zustand auf dem deutschen Lebensmittelmärkte als „ein sehr erfreuliches Ergebnis unserer Wirtschaftspolitik“ hingestellt wird. Dieser Artikel ist am Dienstag abend in der Nordd. Allg. Ztg. erschienen, er schließt nach einem lauten Lobe der beträchtlichen landwirtschaftlichen Leistungen mit der folgenden Betrachtung:

Wenn trotzdem die Preise für das Schlotvieh dauernd stiegen, so ist dies darauf zurückzuführen, daß die ungewöhnlich günstige und noch immer weiter sich aufwärts bewegende allgemeine wirtschaftliche Konjunktur die Kaufkraft der Bevölkerung und damit die Nachfrage nach Fleisch höher als früher gehalten hat. Die Konsumenten haben trotz hoher Fleischpreise den Konsum nicht eingeschränkt, sondern, wie die angeführten Zahlen beweisen, wenigstens in der Gesamtmenge noch weiter gesteigert.

Dies ist ein sehr erfreuliches Ergebnis unserer Wirtschaftspolitik und gleichzeitig auch das sicherste Mittel für eine Rückkehr zu normalen Viehpreisen. Die günstige Konsumsituation dieses Jahres, die Ausblicken auf eine gute Dastreuernte bieten die Gewähr, daß die Landwirtschaft, angepornt durch die hohen Viehpreise, alle Kräfte anspannen wird, die ungünstige Einwirkung des Jahres 1911 auf die Viehhaltung wieder zu beseitigen. Der Ausfall der gesamten Ernte läßt erwarten, daß die Futtermittel und damit die Vieherzeugung wieder billiger werden.

Die heißen Sommermonate sind bekanntlich für die Viehmaß die ungünstigsten und infolgedessen in der Regel auch die teuersten Monate. Wenn nun in diesem Jahre die Viehsteigerung unter der Nachwirkung der vorjährigen Wintermonate ganz besonders hoch ist, so gestattet andererseits die starke und rasche Vermehrungsfähigkeit der Schafzuchtproduktion angesichts der diesjährigen guten Ernte die Hoffnung auf eine nicht allzu lang hinausgeschobene Rückkehr zu niedrigeren Preisen.

Es gibt kein zuverlässigeres Mittel, Kranke zur Lebenskraft zu treiben, als wenn man ihnen, die sich an allen Gliedern matt und elend fühlen, immerfort einredet, sie erfreuten sich einer heilsamen Besuche. Nach der gleichen Methode verfährt die Regierung Reichmann-Gollweg. Während jeder einzelne in der Masse des Volkes spürt, daß sich seine Lebenshaltung infolge der steigenden Marktpreise verschlechtert, läßt die Regierung durch ihre Goldschreiber dem Volk versichern, so ausgezeichnet wie jetzt sei es ihm überhaupt noch nicht ergangen.

Schon im Jahre 1911 soll der verfügbare Fleischvorrat pro Kopf der Bevölkerung 53,7 Kilogramm betragen haben, und im Laufe dieses Jahres soll er noch gesteigert sein. So sagt die amtliche Statistik. Danach würde eine fünfköpfige Familie durchschnittlich etwa täglich 1 1/2 Pfund Fleisch zu verzehren haben -- wenn die Statistik nämlich stimmt. Jede Arbeiterfrau wird sich nun selber sagen können, ob sie in der Lage ist, täglich für ihren Haushalt 1 1/2 Pfund Fleisch zu kaufen!

Die Norddeutsche Ag. Bg. kann die Tatsache der ungeheuerlich hohen Fleischpreise nicht aus der Welt schaffen. Bisher konnten diese aber nun, wenn angeblich die Wirtschaftspolitik so erfreuliche Ergebnisse geliefert hat? Auch dafür weiß der Schreiber des Regierungsblattes eine Erklärung. Er führt aus:

Das Fleischgewerbe ist in Deutschland -- gemäß erstklassiger -- ein noch nicht von Großbetrieben aufgelöstes Handwerk geblieben, aber die aus sanitären Gründen geforderte Einrichtung der öffentlichen Schlachthäuser bis hinab in die Kleinstadt hat vielfach die Möglichkeit für das Entstehen einer wachsenden Zahl von Zweigbetrieben geschaffen, deren Unternehmer immer mehr zu reinen Fleischveräußern werden und daher ihre Erziehung nur bei einer verhältnismäßig großen Spannung zwischen den Groß- und Kleinhandelspreisen für Fleisch behaupten können. Die Berliner Fleischreinigung hat vor einigen Jahren in den Volkshäusern die Anaben aufzuleben lassen, sich möglichst dem Fleischergewerbe zuzuwenden, da in kaum einem anderen Gewerbe das Selbständigerwerden so erleichtert ist wie im Fleischgewerbe. Das trifft leider zu, und ein Blick in den Anhangenteil der Fleischreinigung zeigt, mit wie geringen Umsätzen häufig der Fleischer sein Geschäft erdelt. Wenn bei Jahresumsätzen von 40 000 bis 50 000 Mark, nicht selten auch noch weniger, die Laden- u. s. w., alle sonstigen Geschäftsausgaben, Gehälter, wozu auch Fuhrwerk und dann auch noch der Lebensunterhalt beizutragen haben sollen, dann kann das Fleisch nur teuer oder das Vieh nur sehr billig sein. Lange Zeit war beides der Fall, und nur die harte Zunahme des Fleischverbrauchs und die durch den wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands heraufgestiegene Kaufkraft des Publikums ermöglichten dem Fleischer, löhrende Fleischpreise zu halten, was die im Interesse der Rentabilität der Schlacht- und Fleischhandlungen getriebenen gezielten Maßnahmen, die Einfuhr von Fleisch in die Städte mit Schlichtungsbeschränkung stark beschränkten und den Fleischern der betreffenden Orte fast ein Monopol der Fleischversorgung sicherten.

Die Nordd. Ag. Bg. folgt also ganz der Meinung der agrarischen Presse, indem sie die Schuld an den hohen Schweinefleischpreisen einseitig den Fleischern aufbürdet. Wenn man aber glaubt, daß nun das Mittel angegeben werden würde, der Teuerung zu begegnen, die starke Spannung zwischen Vieh- und Fleischpreisen zu vermindern, so irrt man sich. Logischerweise müßte das Regierungsorgan nun dazu kommen, sich für die Förderung des Konsumgenossenschaftswesens und für kommunale Fleischversorgung auszusprechen. Aber davon bleibt es weit entfernt.

Wasu auch? Es ist doch „nachgewiesen“, daß es der Bevölkerung ausgerechnet geht, von Tag zu Tag besser, und daß die nicht allzu lang hinausgeschobene Rückkehr zu niedrigeren Preisen, die Volkskraft schon im Jahre 1904 verlor, nunmehr in sicherer Erwartung steht. Was wird das dann erst für ein letztes Leben werden, da wir doch heute schon beinahe im Schlachtfeld sind!

Wie ihrer neuesten offiziellen Leistung treibt die Regierung die Teuerung wirklich auf die Spitze. Es ist als ob man ausprobieren wollte, was sich das geduldige Volk alles gefallen läßt. Hat man denn in den Schreibstufen des Herrn v. Bethmann-Hollweg keine Ahnung davon, wie aufreizend ein solches Regdisputieren eines von Millionen gefühlten Notstandes auf die Massen wirken muß? Einen Zustand wie den gegenwärtigen als „ein sehr erfreuliches Ergebnis unserer Wirtschaftspolitik“ zu feiern, das heißt doch wirklich einen Gipfel erreichen, der nicht mehr zu überbieten ist. Gegenüber solcher Unverschämtheit vermag fast alle Segenrede. Denn es fehlen Worte, sie gebührend zu kennzeichnen!

Wie viel Fleisch sollen wir essen?

re. Es unterliegt wohl keinem Zweifel mehr, daß die gegenwärtig herrschende Fleischverzehrung welche Kreise des deutschen Volkes zu einer Einschränkung des Fleischkonsums zwingt. Bei mancher armen Familie kommt in dieser Zeit wohl überhaupt kein Fleisch mehr auf den Tisch. Die Zahl derer, die sich mit Rücksicht auf die hohen Preise nicht mehr so viel Fleisch kaufen können, wie dem menschlichen Körper normalerweise zugeführt werden muß, um ihn leistungsfähig und gesund zu erhalten, dürfte aber weit größer sein, als man gewöhnlich annimmt.

Daß die zweckmäßigste und bestmögliche Ernährungsform die „gemischte Kost“ ist, wird von allen medizinischen Autoritäten anerkannt. Ueber die Menge des unbedingt notwendigen Fleischgenusses gehen jedoch die Meinungen der Ernährungspophysologen weit auseinander. Will man das Mindestmaß der für eine normale Ernährung nötigen Fleischzufuhr ziffermäßig bestimmen, so muß man zunächst berücksichtigen, daß die verschiedenen Fleischsorten hinsichtlich ihres Nährwertes, insbesondere betreffs des Eiweiß- und Fettgehaltes, durchaus nicht gleichwertig sind. Nach Dr. J. H. Müller (Betrachtungen über die Fleischversorgung Deutschlands) ist bezüglich des Eiweißgehaltes im Durchschnitt 1 Kilogramm Schweinefleisch nur gleich 820 Gramm Rindfleisch, also im Nährgehalt um 18 Prozent dem letzteren unterlegen. Nach der Ansicht der bedeutendsten Ernährungspophysologen müssen ungefähr 35 Prozent der Eiweißstoffe in Gestalt von Fleisch genossen werden. Auf Grund dieser Annahme berechnen von Voit und Rubner den notwendigen Jahresverbrauch an Fleisch auf 62 Kilogramm reinen Rindfleisches pro Kopf der Bevölkerung. Nach einer Ermittlung des Kaiserlichen Gesundheitsamtes sollen 55 Kilogramm pro Kopf ausreichend sein. Da bekanntlich der Anteil des Rindfleisches am Fleischverbrauch immer mehr zugunsten des Schweinefleisches zurückgeht, muß natürlich die Menge des genossenen Fleisches noch wesentlich größer sein. Wie ist es aber mit dem Fleischverbrauch des deutschen Volkes bestellt? Darüber mögen die nachstehenden Ziffern Auskunft geben. In den Jahren 1905 bis 1912 betrug nach den Ergebnissen der Schlachtvieh- und Fleischschau, unter Berücksichtigung der Vieheinfuhr, der Fleischkonsum pro Kopf der Bevölkerung in Kilogramm:

Jahr	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911
Konsum	37,94	36,98	39,42	40,41	40,30	40,08	41,02

Demnach blieb der Fleischkonsum in Deutschland schon in früheren Jahren ganz bedeutend hinter dem vom Kaiserlichen Gesundheitsamt aufgestellten Mindestmaß zurück. Berücksichtigt

man, daß eine dünne Oberschicht unserer Bevölkerung ganz bedeutend größere Mengen Fleisch genießt, so ergibt sich daraus mit Notwendigkeit eine dauernde Unterernährung der weniger-bemittelten Volksklassen. Jede Schwankung in der Fleischversorgung trifft natürlich die unteren Volksschichten am heftigsten und am schwersten.

Inwiefern die gegenwärtige Teuerung auf den Fleischverbrauch einwirkt, läßt sich statistisch noch nicht genau festlegen. Im ersten Halbjahr 1912 hat die vorübergehende Zunahme des Auftriebs an den Schweinemärkten zu einer ganz geringen Steigerung des Schweinefleischkonsums gegen das Vorjahr beigetragen. Indes dürfen hieraus keine optimistischen Schlüsse gezogen werden. Die Verschleuderung der Viehbestände hat gerade die jegige Teuerung veranlaßt, und schon im zweiten Quartal 1912 ist eine verhältnismäßig bedeutende Abnahme des Fleischkonsums gegenüber dem ersten Quartal d. J. eingetreten. Der Verbrauch an Fleisch stellte sich nämlich auf 9,80 Kilogramm pro Kopf im zweiten Quartal 1912 gegen 10,50 Kilogramm im ersten Quartal. Das Ergebnis des dritten Vierteljahres wird jedenfalls eine ganz bedeutende Verringerung des Fleischkonsums sein. Wie aber soll es im Winter werden, wenn ein erheblicher Teil der im Volksgewerbe, in der Baustoffindustrie usw. beschäftigten Arbeiter arbeitslos ist! Die Folgen der erzwungenen Unterernährung werden sich noch lange Zeit bemerkbar machen. Die Jahre 1911 und 1912 haben unserer Volkskraft bereits schwere Wunden geschlagen.

Im Zeichen der Fleischnot.

Wie die jüngsten Zeitungsmeldungen zeigen, macht sich die Empörung über die Teuerung besonders in Schlesien recht heftig bemerkbar. Wie schlimm die Not hier ist, dafür dienen das folgende Beispiel: In dem Waldburger Bergarbeiterdorf Juliana'sdorf war ein Pferd freigesetzt. Der Eigentümer des Kadavers gestattete einem Besenbinder, das Tier abzuladen und es dann zu verscharren. Der arme Teufel schleppte mit Hilfe mehrerer Vergleute den krepierenden Gaul in die Wohnung, wo er nicht nur abgezogen, sondern auch buchstäblich von zahlreichen Ortsbewohnern ausgeleitet wurde. Trotzdem alle wußten, daß es sich um ein krankes Tier handelte, war der Anblick des Fleisches für die Fleischhandlenden Leute so lochend, daß sie Stücke von 10 bis 20 Pfund in ihre Behausungen schleppten. Schließlich kam die billige Fleischgeschichte zur Kenntnis der Ortsbehörde und die Folge war eine Anzeige wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelegesetz und Diebstahls. Die Angeklagten wurden in beiden Anklagen freigesprochen und nur der Besenbinder erhielt 10 Mark Geldstrafe.

Fleisch vom krepierenden Pferd! Darüber sollen Arbeiter heldigartig her. So geschähen im deutschen „Kulturstaat“!

Die dritte Kammerrichter des Landgerichts I Berlin ließ am Montag die Fleischnot als Milderungsgrund für Wilddieberei gelten. Zwei Arbeiter waren wegen gewerbsmäßigen Wilderns angeklagt; man beschuldigte sie, trotz der Schonzeit ein paar Hasen geschossen zu haben. Die Angeklagten gaben die Tat auch zu, erklärten aber, daß sie nur deshalb gewildert hätten, um wenigstens einmal wieder ein ordentliches Stück Fleisch essen zu können. Bei den jetzigen Fleischpreisen hätten sie sich das fast länger Zeit nicht mehr leisten können. Der Staatsanwalt beantragte je 5 Monate Gefängnis, das Gericht ließ aber die Entschuldigungsgründe der Angeklagten gelten und verurteilte einen zu zwei, den anderen zu einem Monat Gefängnis. In der Urteilsbegründung wurde gesagt, es sei den Angeklagten nicht zu widerlegen, daß sie in Not gehandelt hätten.

Der Magistrat von Frankfurt a. M. hat am den Bundesrat eine Eingabe geschickt, in der er unter Hinweis auf die enorme Teuerung um Öffnung der Grenzen unter sonstiger Kontrolle, Einfuhr von frischem Fleisch und Herabsetzung der Zölle bittet.

Die sozialdemokratische Fraktion wird im dachrischen Landtage wegen der Teuerung interpellieren. -- Im Münchener Magistrat stellen unsere Parteigenossen am Dienstag den Antrag: der Magistrat wolle im Hinblick auf die im Sommer Winter zu erwartende große Arbeitslosigkeit, die im Bauergewerbe und in anderen Betriebsarten jetzt schon ganz empfindlich eingetreten ist, und in Anbetracht der gemeinsamen, noch nicht erreichten Teuerung aller notwendigen Nahrungsmittel beschließen: Der Bundesrat ist zu ersuchen, sofort die Einkerbung des Reichstags zu beantragen und diesem eine demnächst zeitweilige Aufhebung der Zölle auf Lebens- und Futtermittel und die Öffnung der Grenzen für die Einfuhr von Schlachtvieh in Vorschlag zu bringen. Außerdem soll durch Bemerkung der einschlägigen Bestimmungen die Einfuhr frischen und zubereiteten Fleisches sowie die Einfuhr von Fleischfleisch ermöglicht werden. Ferner sind die zuständigen Organe der Stadtverwaltung zu beauftragen, dem Magistrat unverzüglich Maßnahmen in Vorschlag zu bringen, die geeignet erscheinen, zur Verringerung der Not beizutragen und die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln aller Art zu erschwinglichen Preisen zu fördern. -- Am nächsten Montag werden sich in München neun Volksversammlungen mit dieser Angelegenheit beschäftigen.

Deutsches Reich.

Das offene, christliche Zentrum.

Germania und Bayer. Kurier veröffentlichten einen gleichlautenden Artikel, der sich mit den wiederholten Kompromissen beschäftigt, die das Zentrum mit der Sozialdemokratie abgeschlossen hat. Da Zeugnis doch nicht hilft, gibt man zu, daß solche Kompromisse in den Jahren 1899 und 1905 in Bayern und 1907 im Reich abgeschlossen worden sind. Nun spielt man aber den bußfertigen Sünder, indem man erklärt:

An diesen Vorgängen wird vom Zentrum nichts beschönigt, es bekennt sich offen und ehrlich zu diesen Taten. Diese Wahlkompromisse des Zentrums mit den Roten lassen sich grundsätzlich in keiner Weise verteidigen. Sie waren ein Verstoß gegen eine grundsätzlich konservative Staatspolitik. -- Heute kann man ruhig sagen, jene Wahlkompromisse waren Prinzipienfehler, sie würden heute auch nicht mehr abgeschlossen, allein schon mit Rücksicht auf die ganze Entwicklung.

Daß eine Partei, die grundsätzlich konservative Staatspolitik treibt, kein geeigneter Bundesgenosse für die Sozialdemokratie sein kann, liegt auf der Hand. Bloß vor fünf Jahren, da wußte das Zentrum noch nichts von seiner grundsätzlich konservativen Staatspolitik, da nannte es sich selber immer mit einem gewissen Stolz „das demokratische Zentrum“. Dieser Titel wurde inzwischen abgelegt, „allein schon aus Rücksicht auf die ganze Entwicklung“.

Nun kann sich ja das Zentrum binnen fünfmal 365 Tagen aus einer „demokratischen“ zu einer konservativen Partei durchgemauert haben, das ist für den Kampf gegen das Zentrum eine recht wertvolle Feststellung, aber darauf kommt es in dem vorliegenden Streitfall gar nicht an. Heute fordert das Zentrum in Bayern und anderwärts die Wahrgewinnung liberaler Freier und Referendare, wenn sie für die Wahl eines Sozialdemokraten einzutreten, weil er ihnen gegenüber dem Schwarzen als „das kleinere Uebel“ erscheint. Diese Beamten

und Referendare sollen aber gemahregelt werden für genau dieselbe Handlungsweise, auf die das Zentrum selbst noch vor ein paar Jahren seine Anhänger verpflichtete.

Eine taktische Schwächung, auch ein grundsätzlicher Meinungswechsel läßt sich fittlich rechtfertigen. Nicht rechtfertigen läßt es sich aber, wenn man die Bekämpfung anderer für das verlangt, was man selber erst vor kurzem als sein gutes Recht in Anspruch genommen hat.

Man kann natürlich auch eine Partei aufs schärfste bekämpfen, mit der man einmal unter dem Zwange der Umstände ein Wahlbündnis geschlossen hat. Man kann aber nicht, ohne eine offenbare Infamie zu begehen, einer Partei die Gleichberechtigung verweigern, mit der man selbst, solange man es für vorteilhaft hielt, als mit einem gleichberechtigten Vertragspartner verhandelt hat. Am Ende kommt auch noch der Tag an dem -- wenn nicht das ganze Zentrum -- doch manche seiner Mitglieder einsehen, daß sich die gegenwärtige schmutzige Handlungsweise dieser Partei „grundsätzlich in keiner Weise verteidigen läßt“.

Rückwärtserei in Bayern.

g. Die Eskamotierung der Verfassungsrechte von Sozialdemokraten wird in Bayern unter der jetzigen glorreichen Zentrumregierung immer unbeherrschter betrieben. Eben kommt aus Oberfranken wieder die Nachricht von einem neuen Gewaltakt. In der Gemeinde Altenplos bei Bayreuth ist bekanntlich im Herbst 1911 der Schreiner Häbner zum Beigeordneten (2. Bürgermeister) gewählt worden, aber das Bezirksamt, wie auch die Bezirksverwaltungen verweigerten die Bestätigung dieser Wahl mit der Begründung, Häbner habe nicht die Gewähr, daß er sein Amt entsprechend führen werde, weil er ein zielbewußter und tätiger Sozialdemokrat sei. Die Bürger von Altenplos antworteten auf diesen Gewaltstreik damit, daß sie Häbner bei der Erziehung abermals wählten, aber die Wahl wurde nach der Gemeindevorstandung für ungesetzlich erklärt. Es mußte daher zu einer dritten Wahl geschritten werden, aus der der Raureppler Schnauer hervorging. Nach vollzogener Wahl wurde der Gemeindevorstand durch das Bezirksamt fittiert und gefragt, welcher politischen Gesinnung er huldige. Mit Recht verweigerte er die Antwort, worauf er erlassen wurde. Dieser Tage erhielt er nun vom Bezirksamt ein Schreiben, worin ihm mitgeteilt wird, daß seiner Wahl die Bestätigung nicht erteilt werden kann, weil er nach den festgestellten Erhebungen im Jahre 1908 (also vor zehn Jahren) bei der Gründung eines sozialdemokratischen Vereins in Heinersreuth mitgewirkt und auch bis 1904 den Posten eines ersten Schriftführers im genannten Verein bekleidet, ferner 1904 in Altenplos selbst einen sozialdemokratischen Verein ins Leben gerufen und mehrere Jahre als erster Vorsitzender geleitet habe. Weiter heißt es dem Schriftstück:

„Aus Ihrer Betätigung hinsichtlich der Gründung der genannten beiden Vereine und aus der Uebernahme und mehrjährigen Vernehmung von Vertrauensposten in diesen Vereinen erhellt, daß Sie ausgesprochener und zielbewußter Anhänger der sozialdemokratischen Lehre sind, was Sie wohl selbst am wenigsten bestreiten werden. Der Wahl zielbewußter Anhänger der sozialdemokratischen Partei zu Bürgermeistern oder Beigeordneten kann aber mit Rücksicht auf die mit diesen Ämtern verbundenen staatlichen Funktionen bei der grundsätzlichen Stellung dieser Partei zu der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung nicht die Bestätigung erteilt werden.“

Auch dieser neue Akt der Sozialistenvernichtung im Schwarzen Bayernlande wird seine guten Früchte tragen für diejenigen, die man blöderweise durch derartige Mittelstücken glaubt vernichten zu können.

Ein vielseitiger Patriot.

Der Reichsberandsgeneral b. Liebert ist, daß muß der Reib ihm lassen, erstaunlich vielseitig. Er dirigiert den Reichsberand gegen die Sozialdemokratie, der das Wachstum der Partei nicht verhindern konnte; er bedingt sich als Aktionär und Aufsichtsrat bei einer kolonialen Gewerkschaft, deren Aktionäre die Tanklanten wieder zurückbekommen, die der Aufsichtsrat sich zu Unrecht bemächtigt hatte; er gehört zur Leitung der zu einer unbedeutenden Gruppe zusammengeschlossenen Reichspartei; er ist einer der Führer des Alldeutschen Verbandes; er ist sogar auch noch außerordentlich tätig im Evangelischen Bund, auf dessen demnächstiger Tagung er einen Vortrag über: Deutschland oder Weltbürgertum halten wird. Dabei versehen wir nur eines nicht: wie die Militärverwaltung einen detail arbeitsfähigen Mann zur Disposition stellen und damit den Steuerzahlern summen konnte, die hohe Pension des Herrn b. Liebert auszubringen!

Wegen Ansbachverrat verurteilt.

Hamburg, 27. August. Vor der 4. Strafkammer des Landgerichts stand heute der Leihhalter Friedrich Schote, dem zur Last gelegt wurde, Zeichnungen und Pläne, die im Interesse der Landesverteidigung geheim zu halten sind, an fremde Personen ausgeliefert zu haben. Der Angeklagte war als Techniker auf der Werft von Blohm u. Voß angestellt. Er kam in Beziehungen zu dem englischen Spion Schalls, der inzwischen vom Reichsgericht wegen Espionage zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Schote lieferte dem Spion nach dem Gedächtnis eine Skizze über den Kreuzer Gefas Helmbal. Schote forderte weiter vom Spion gegen gute Bezahlung alle möglichen erreichbaren Zeichnungen. Der aus dem Zuchthaus vorgeführte Zeuge Schote sagte u. a. aus: Er sei kein englischer Spion, und man habe ihn ungeschuldig verurteilt. Nach Hamburg sei er nur gekommen, um Schiffe zu kaufen. Nebenbei habe er, um sich englischen Freunden gefällig zu erwiesen, versucht, Material über deutsche Kriegsschiffe für sie aufzutreiben. Am wichtigsten sei es ihm gewesen, Semats über die 3-Zentimeter-Geschütze und über die Anlage der Geschütze auf dem Kreuzer Wolke zu erfahren. In England habe man sich am meisten für den Bau des Gefas Helmbal interessiert. Da Schote sich geneigt gezeigt habe, ihm Schiffszeichnungen zu liefern, sei er mit diesem in Verbindung getreten. Mit Rücksicht darauf, daß es sich um die Gefährdung der Sicherheit des Deutschen Reiches gehandelt habe, beantragte der Staatsanwalt eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr 8 Monaten Gefängnis und Ehrenrechtsverlust auf die Dauer von 4 Jahren. Der Gerichtshof entsprach diesem Antrag und verurteilte Schote wegen Verstoßes gegen den § 4a des Espionagegesetzes zu 1 Jahr 8 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 1 Monaten der Untersuchungsfrist.

Rusland.

Russland.

Die revolutionäre Marine.

St. Petersburg, 27. August. Nach übereinstimmenden privaten Meldungen hat die Kommission, die mit der Konvertierung der Matrosenverbände in der Flotte des Schwarzen Meeres beauftragt worden ist, ein für sich selbstiges Kommando und ein dem Marineamt übergeben. Gegen 300 unzuverlässige Matrosen sind zum Zwecke ihrer Beobachtung von Ost nach West abkommandiert worden.

Konstantin
gefallene Wahl
Regierung, die
italienische Regi
werde.

Beirut, 27.
zu blühenden Zust
geteilte Zrufer
am, die von der d
Gelben es es so
und Kugeln
Draußen beschossen
Der blühende
Kaffee, wie es
mechanischen Ver
mittlichen Draußen

Casablanca,
am 25. August
gegriffen. Der
irdische Verlust
Nacht ist ge
wird.

Paris, 27.
renn Franzosen
durch Demission
France Mittlere
Karratich ab
fümmen, denen
wird.

Rogador, 2
Stadt vollkommen
nicht erreicht. D
worden sein. Die
die Stadt berie
Chalifa (Stet
in der allen V
Bombardement
Gnand machte
Chalifa überge
tam lagerte und
das Werk aus
Vor diesem neue
richtweise ber
Siba sei. Falls
ebenfalls der
Al Hibab ersch
Rogador eine
Kamaban den
neuen Sultan
eine Bewegung
geschloßen. Da
in Scharen um
dürfte das Krieg
lamden.

Rogador, 2
Stadt vollkommen
nicht erreicht. D
worden sein. Die
die Stadt berie
Chalifa (Stet
in der allen V
Bombardement
Gnand machte
Chalifa überge
tam lagerte und
das Werk aus
Vor diesem neue
richtweise ber
Siba sei. Falls
ebenfalls der
Al Hibab ersch
Rogador eine
Kamaban den
neuen Sultan
eine Bewegung
geschloßen. Da
in Scharen um
dürfte das Krieg
lamden.

Rogador, 2
Stadt vollkommen
nicht erreicht. D
worden sein. Die
die Stadt berie
Chalifa (Stet
in der allen V
Bombardement
Gnand machte
Chalifa überge
tam lagerte und
das Werk aus
Vor diesem neue
richtweise ber
Siba sei. Falls
ebenfalls der
Al Hibab ersch
Rogador eine
Kamaban den
neuen Sultan
eine Bewegung
geschloßen. Da
in Scharen um
dürfte das Krieg
lamden.

Rogador, 2
Stadt vollkommen
nicht erreicht. D
worden sein. Die
die Stadt berie
Chalifa (Stet
in der allen V
Bombardement
Gnand machte
Chalifa überge
tam lagerte und
das Werk aus
Vor diesem neue
richtweise ber
Siba sei. Falls
ebenfalls der
Al Hibab ersch
Rogador eine
Kamaban den
neuen Sultan
eine Bewegung
geschloßen. Da
in Scharen um
dürfte das Krieg
lamden.

Rogador, 2
Stadt vollkommen
nicht erreicht. D
worden sein. Die
die Stadt berie
Chalifa (Stet
in der allen V
Bombardement
Gnand machte
Chalifa überge
tam lagerte und
das Werk aus
Vor diesem neue
richtweise ber
Siba sei. Falls
ebenfalls der
Al Hibab ersch
Rogador eine
Kamaban den
neuen Sultan
eine Bewegung
geschloßen. Da
in Scharen um
dürfte das Krieg
lamden.

Rogador, 2
Stadt vollkommen
nicht erreicht. D
worden sein. Die
die Stadt berie
Chalifa (Stet
in der allen V
Bombardement
Gnand machte
Chalifa überge
tam lagerte und
das Werk aus
Vor diesem neue
richtweise ber
Siba sei. Falls
ebenfalls der
Al Hibab ersch
Rogador eine
Kamaban den
neuen Sultan
eine Bewegung
geschloßen. Da
in Scharen um
dürfte das Krieg
lamden.

Rogador, 2
Stadt vollkommen
nicht erreicht. D
worden sein. Die
die Stadt berie
Chalifa (Stet
in der allen V
Bombardement
Gnand machte
Chalifa überge
tam lagerte und
das Werk aus
Vor diesem neue
richtweise ber
Siba sei. Falls
ebenfalls der
Al Hibab ersch
Rogador eine
Kamaban den
neuen Sultan
eine Bewegung
geschloßen. Da
in Scharen um
dürfte das Krieg
lamden.

Rogador, 2
Stadt vollkommen
nicht erreicht. D
worden sein. Die
die Stadt berie
Chalifa (Stet
in der allen V
Bombardement
Gnand machte
Chalifa überge
tam lagerte und
das Werk aus
Vor diesem neue
richtweise ber
Siba sei. Falls
ebenfalls der
Al Hibab ersch
Rogador eine
Kamaban den
neuen Sultan
eine Bewegung
geschloßen. Da
in Scharen um
dürfte das Krieg
lamden.

Rogador, 2
Stadt vollkommen
nicht erreicht. D
worden sein. Die
die Stadt berie
Chalifa (Stet
in der allen V
Bombardement
Gnand machte
Chalifa überge
tam lagerte und
das Werk aus
Vor diesem neue
richtweise ber
Siba sei. Falls
ebenfalls der
Al Hibab ersch
Rogador eine
Kamaban den
neuen Sultan
eine Bewegung
geschloßen. Da
in Scharen um
dürfte das Krieg
lamden.

Rogador, 2
Stadt vollkommen
nicht erreicht. D
worden sein. Die
die Stadt berie
Chalifa (Stet
in der allen V
Bombardement
Gnand machte
Chalifa überge
tam lagerte und
das Werk aus
Vor diesem neue
richtweise ber
Siba sei. Falls
ebenfalls der
Al Hibab ersch
Rogador eine
Kamaban den
neuen Sultan
eine Bewegung
geschloßen. Da
in Scharen um
dürfte das Krieg
lamden.

Rogador, 2
Stadt vollkommen
nicht erreicht. D
worden sein. Die
die Stadt berie
Chalifa (Stet
in der allen V
Bombardement
Gnand machte
Chalifa überge
tam lagerte und
das Werk aus
Vor diesem neue
richtweise ber
Siba sei. Falls
ebenfalls der
Al Hibab ersch
Rogador eine
Kamaban den
neuen Sultan
eine Bewegung
geschloßen. Da
in Scharen um
dürfte das Krieg
lamden.

Rogador, 2
Stadt vollkommen
nicht erreicht. D
worden sein. Die
die Stadt berie
Chalifa (Stet
in der allen V
Bombardement
Gnand machte
Chalifa überge
tam lagerte und
das Werk aus
Vor diesem neue
richtweise ber
Siba sei. Falls
ebenfalls der
Al Hibab ersch
Rogador eine
Kamaban den
neuen Sultan
eine Bewegung
geschloßen. Da
in Scharen um
dürfte das Krieg
lamden.

Rogador, 2
Stadt vollkommen
nicht erreicht. D
worden sein. Die
die Stadt berie
Chalifa (Stet
in der allen V
Bombardement
Gnand machte
Chalifa überge
tam lagerte und
das Werk aus
Vor diesem neue
richtweise ber
Siba sei. Falls
ebenfalls der
Al Hibab ersch
Rogador eine
Kamaban den
neuen Sultan
eine Bewegung
geschloßen. Da
in Scharen um
dürfte das Krieg
lamden.

Rogador, 2
Stadt vollkommen
nicht erreicht. D
worden sein. Die
die Stadt berie
Chalifa (Stet
in der allen V
Bombardement
Gnand machte
Chalifa überge
tam lagerte und
das Werk aus
Vor diesem neue
richtweise ber
Siba sei. Falls
ebenfalls der
Al Hibab ersch
Rogador eine
Kamaban den
neuen Sultan
eine Bewegung
geschloßen. Da
in Scharen um
dürfte das Krieg
lamden.

Rogador, 2
Stadt vollkommen
nicht erreicht. D
worden sein. Die
die Stadt berie
Chalifa (Stet
in der allen V
Bombardement
Gnand machte
Chalifa überge
tam lagerte und
das Werk aus
Vor diesem neue
richtweise ber
Siba sei. Falls
ebenfalls der
Al Hibab ersch
Rogador eine
Kamaban den
neuen Sultan
eine Bewegung
geschloßen. Da
in Scharen um
dürfte das Krieg
lamden.

Rogador, 2
Stadt vollkommen
nicht erreicht. D
worden sein. Die
die Stadt berie
Chalifa (Stet
in der allen V
Bombardement
Gnand machte
Chalifa überge
tam lagerte und
das Werk aus
Vor diesem neue
richtweise ber
Siba sei. Falls
ebenfalls der
Al Hibab ersch
Rogador eine
Kamaban den
neuen Sultan
eine Bewegung
geschloßen. Da
in Scharen um
dürfte das Krieg
lamden.

Türkei.

Türkisch-italienischer Gefangenenaustausch.

Konstantinopel, 27. August. Die belagerte, überbrachte der freigebliebenen Wall des Archipels Subhi den Vorschlag der italienischen Regierung...

Trübsamkeit im Libanon.

Beirut, 27. August. Am Libanonorte Ain Sofar kam es gestern zu blutigen Zusammenstößen. Viele Hunderte aus ihren Bergdörfern herbeigeeilte Truppen griffen die christlichen Milizsoldaten an...

Marokko.

El Hiba.

Casablanca, 27. August. Das Lager von El Hiba wurde am 25. August von einer starken Parke des Kalifen El Hiba angegriffen. Der Feind wurde energisch zurückgewiesen...

Ein Sultanat Marokko?

Paris, 27. August. Das Schicksal der in Marokko festgehaltenen Franzosen ist immer noch unentschieden. Die Hoffnung, sie durch Vermittler zu befreien, hat man hier noch nicht aufgegeben...

Die Unruhe an der Adhe.

Mogador, 27. August. Das Bombardement Kadias, das die Stadt vollkommen in Trümmer gelegt hat, hat seinen politischen Zweck nicht erreicht. Es sollen nämlich die 150 Kanonenschiffe abgedreht worden sein...

Aus der bürgerlichen Genossenschaftsbewegung.

II.

(Schluß)

Ueber die Konsumvereine und die fortschreitende Steigerung der Lebensmittelpreise referierte dann später Direktor Waudner, Karlstraße 1, D. Der Referent hat auf dem vorigen Genossenschaftstag in Berlin den Auftrag erhalten, seine Untersuchungen über diese Frage fortzusetzen...

Ueber die Warenerzeugung und -Veränderung durch die Konsumvereine sprach Direktor Waudner. Von den zum Allgemeinen Verband gehörenden Konsumvereinen besaßen sich am Schlusse des Jahres 1910 erst 10 Proz. mit der Warenproduktion und -Veränderung...

In der Besprechung des Antrags sprach der Vertreter der Handwerkskammer für Oberbayern, Reichstagsabg. Wehrli (Zentrum), den Wunsch aus, daß die Konsumvereine größere Rücksicht auf die Handwerker haben und mit der Eigenproduktion möglichst zurückhalten möchten...

schwere Schädigung des gewerblichen Mittelstandes liegt. Dr. Krüger erklärte, daß er es mit Freuden begrüßen würde, wenn zwischen Konsumvereinen und Handwerkern ein besseres Verständnis und Hand-in-Hand-Arbeiten erzielt werden könnte...

Die Ausführungen der Referenten entsprechen durchaus den Grundgedanken der Tätigkeit der Konsumvereine. Wie die Debatte aber zeigte, wird die Entwicklung zur Eigenproduktion von den mittelständlerischen Elementen des Verbandes direkt zu hindern gesucht. Wenn Herr Dr. Krüger diese Gegenfrage durch schöne Worte zu verleiern sucht, so wird das wenig Erfolg haben...

Der Kongress machte überhaupt stark in Mittelstandspolitik. Das entspricht ganz seiner Tendenz, mittels genossenschaftlicher Organisation kleinstädtische Unternehmerinteressen zu fördern. Wenn es nach den Beschlüssen ginge, die in dieser Hinsicht auf diesen Tagungen schon gefaßt worden sind, dann müßten dem Handwerker und Kleinkaufmann goldene Zeiten blühen. Auch diesmal beschloß man wieder, daß das Fortbestehen eines leistungsfähigen Kleinhandelsstandes für das gesamte deutsche Wirtschaftsleben erwünscht und auch durchaus erreichbar ist...

Gegenüber dem stetig wachsenden Einfluß des modernen Kapitalismus, der die Klüfte zwischen den auseinander strebenden Elementen der menschlichen Gesellschaft - den begüterten und den besitzlosen Klassen - immer mehr erweitert, die bestehenden sozialen Gegensätze verschärft und weite Kreise des gewerblichen Mittelstandes in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht, bedient der Allgemeine Genossenschaftsbund auf neue die hohe Bedeutung der den deutschen Genossenschaften von Schulze-Delitzsch überkommenen Aufgabe: Durch Zusammenfassung zahlreicher in ihrer Vereinzelung schwachen Kräfte machtvolle wirtschaftliche Einheiten zu organisieren...

Wichtig für uns ist aus diesem Aufwand von Worten die Anerkennung der Tatsache, daß der moderne Kapitalismus die sozialen Gegensätze verschärft und erweitert. Wenn von sozialdemokratischer Seite den Arbeitern diese Lehre gegeben wird, dann wird das vom Unternehmertum Hegerei genannt, und dieser als feilheitsrührigen These die von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit gegenübergestellt...

Amtsrichter und Militärbehörde.

Hg. Ratibor, 27. August.

In der fortgesetzten Vernehmung des Hauptmanns Kaumler wird diesem die Frage vorgelegt, was er von Antitoxin-Beimpung halte, daß er, Kammler, ein heimtückischer Giftstinker sein soll. - Zeuge (jähren): Hat er das gesagt? - Vors.: Deshalb ist doch Staatsantrag gestellt. - Zeuge: Ja, da muß ich nachdenken, was ich antworten soll. Zeuge blättert in seinen Papieren und beginnt ein Dienstzeugnis seines Regiments zu verlesen, was der Vorleser unterbricht, dann schildert er den schweren Sturz vom Pferde, den er vor 20 Jahren erlitten hat. Sein Gesundheitszustand sei noch einem Jahre, welches die Behandlung in Anspruch nahm, immer normal gewesen. - Vors.: Haben Sie denn immer diese Starbheit im linken Auge? - Zeuge: Das weiß ich nicht. - Ich kann auch infolge der Operation den Mund nicht ganz öffnen. - Vors.: Sie sollen auch denselben Leuten wiederholt dieselben Geschichten erzählen. - Zeuge: Das ist möglich. - Vors.: Sie sollen die Landwehrlente so schatzstrafen, daß Ihnen der Bezirkskommandeur selbst heftige Vorwürfe mache. - Zeuge: Ich handle nach meiner heiligen Pflicht, Jude und Sotte im deutschen Heere aufrecht zu erhalten. Daß ich mal Vorhaltungen erhalte, ist möglich, ich glaube es aber nicht. - Vors.: Sie sollen dem Kuratenschreiber die Thermometer vorlesen, um sagen zu können, es sei überheiß. - Zeuge (erregt aufstehend): Rein wahres Wort. - Auf eine Frage des hinhaltenden Sachverständigen gibt der Zeuge nach an, es werde in der ganzen Stadt gefogt, er gehöre eher ins Irrenhaus als aufs Bezirkskommando. Daß sei ihm jagetragen worden. An Antitoxin habe er nicht heimtückisch gehandelt, sondern nur seine Pflicht getan, er hätte unweigerlich gegen seinen Bruder ebenso gehandelt. - Hieran schließen sich längere Erörterungen über den Gesundheitszustand des Hauptmanns Kammler.

Zeuge Schön bekundet noch über sein Erscheinen vor dem Ehrengerichtshof. Der eine der Ehrengerichter, Landrat Reng, sagte zu ihm: Es ist durch Zeugen erwiesen, daß Antitoxin herumgegangen ist und apitert hat. Das hat aber gar nicht erwiesen, ich glaube, es sollte mir eine Falle gestellt werden. - Der Zeuge wird nunmehr über seine Eintritte von dem Gesundheitszustand des Hauptmanns Kammler vernommen. Die Öffentlichkeit wird ausgeschlossen.

Es bestehe also eine Gefahr für die öffentliche Ordnung. Zeuge Oberleutnant v. Ohmen, Regimentsadjutant im 6. Feldartillerieregiment in Westlau, dem der Angeklagte als Referent angehört, war bei der Unterredung zwischen dem Angeklagten und dem Regimentskommandeur v. Rumbt anwesend, und hat auch des Hören mit dem Obersten über die Sache gesprochen. Nach seinen Verbindungen hat der Oberst auf die Anweisung des Artillerieobersten den maßgebenden Wert gelegt und auf die Wahrscheinlichkeit viel weniger. Daß der Oberst später einmal gesagt hat, es sei ein Skandal, daß der Bezirkskommandeur in Abhink die Verbindungen nicht sorgfältig durchgeführt hat, sei dem Sinne nach möglich. Das Vorgehen gegen den Angeklagten möge wohl dem Obersten nicht leid tun. Der Angeklagte war bei den Kameraden, sich beliebt und dienlich immer sehr gut. Das Bezirkskommando

habe auf die Ueberführung zur Landwehr gebrängt, in dem es Antitoxin darum einfaß, was der Oberst aber nur als einen gewissen Druck empfand. Auf eine Frage des Angeklagten gibt der Zeuge noch an, daß der Oberst seine Verwunderung darüber ausdrückte, daß der Amtsrichter Antitoxin vom Bezirkskommandeur über die Beschuldigungen nicht vernommen wurde.

Der nächste Zeuge, Kolat Dr. Danrath's-Rhbnik, war in der Wahlzeit der Leiter der Zentrumspartei. Der als Kompromiß aufgestellte Kandidat Dr. Seyda hatte sich schriftlich verpflichtet, daß er zur Verfassung treu, sonst hätte das Zentrum ihn seinen Wählern, namentlich den Beamten unter diesen, nicht empfohlen können. Allerdings hat Dr. Seyda sich nachher anders entwickelt, und seither ist man zu der Ueberzeugung gekommen, daß seine weitere Unterstützung jetzt unmöglich wäre. Bei der Kirchenwahl hat er sich sehr unangenehm verhalten, die Zahl der deutschen Mitglieder zu vermindern, deshalb sei Antitoxin hinzugezogen worden. Der Zeuge ist vor dem militärischen Ehrengericht vernommen worden und hatte den Eindruck, wenn etwas für die deutschen Parteien Belastendes ausgefaßt wurde, dann habe man es nicht so genau aufgeschrieben, wie in einem was zum Nachteil der polnischen Partei ausgefaßt wurde. - Bei der Aussage des nächsten Zeugen, Reges Dr. Graßmann-Rhbnik, über den Gesundheitszustand des Hauptmanns Kammler, wird wieder die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Der folgende Zeuge ist der Vorsitzende des Arbeitervereins in Rhbnik und des Kreisarbeiterverbandes, Vog: Eine ganze Anzahl von Mitgliedern habe sich sehr abfällig über die Wahlbeteiligung des Amtsrichters ausgesprochen. Zeuge ist der Ansicht, daß das Verhalten Antitoxins mit den Pflichten eines Beamten und Offiziers nicht vereinbar sei. Auch andere Mitglieder, die sich ähnlich benommen haben, seien gemahrt worden. - Zeuge Preis-schulinspektor Reznitzel gehörte dem Kirchenvorstand als Vertreter der Regierung an. Er will nichts davon wissen, daß er bei der Zeuge Danrath's angeheben hat, gesagt hätte, wenn er die Gründe gewußt hätte, warum Antitoxin die Wahl angenommen hat, so wäre er nicht gegen ihn vorgegangen. - Der Zeuge Danrath's hält dem Zeugen diese Reue nachdrücklich vor, werauf dieser erklärt, hier müsse ein Mißverständnis vorliegen. - Der Zeuge Leuzer's Blick wird vom Angeklagten über seine Mahnungung bei seiner Vernehmung vor dem militärischen Ehrengericht gefragt. Es ist ihm ein gewisses Vorurteil aufgefalten. - Zeuge Oberförster Hillich erklärt, in den Beamtenkreisen sei nach der Landtagswahl eine gewisse Erregung über das Verhalten des Angeklagten vorhanden gewesen. - Vors.: Beschränke sich die Erregung nicht eigentlich auf die gewisse Klasse, die im Schloßrestaurant verkehrt? - Zeuge: Dort war sie besonders vorhanden, aber dieselbe auch anderswo. - Vors.: Ist Ihnen Hauptmann Kammler manchmal wunderbar erschienen? - Zeuge: Ja wohl. Mir fiel auf, daß er im Gasthaus oft alte Geschichten vor denselben Zuhörern wiederholte, so daß er vielleicht daselbst innerhalb von acht Tagen dreimal erzählt hat. - Zeuge Hauptmann Kammler die Erlaubnis, den Saal zu verlassen. Der Zeuge hielt Kammler für einen bedauernswerten, geistig nicht normalen Menschen. Der Rest dieser Zeugenvernehmung erfolgt unter völliger Ausschließung der Öffentlichkeit.

Es folgt nunmehr die Vernehmung des Kaufmanns Böhm-Rhbnik und weiterer Zeugen, die sämtlich über die persönlichen und geistigen Eigenschaften des Hauptmanns Kammler aussagen sollen. Während aller dieser Vernehmungen wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen und hierauf die Weiterbehandlung auf morgen Mittwoh vertagt.

Dresdner Polizeibericht vom 28. August.

Ein mit Edelsteinen besetztes goldenes Schmiedstückchen ist vor einigen Tagen gefunden und bei dem Fundamente der Kgl. Polizeidirektion, Schichgasse 7, 1., Zimmer 58, eingeliefert worden. Die Eigentümerin kann es daselbst in Empfang nehmen.

In der vergangenen Nacht, kurz nach 12 Uhr, verfuhr auf der Bauwerk Straße ein Radfahrer vor einem stadwärts fahrenden Straßenbahnwagen über die Gleise zu fahren, wobei er von dem Wagen zu Boden geschleudert wurde. Ein hinausgegangener Arzt stellte an dem Verwundeten einen Schädelbruch fest. Man brachte ihn im Krankenautomobil nach dem Friedrichstädter Krankenhaus.

Im Schulhause wurde heute früh die Leiche eines etwa 20 Jahre alten Unbekannten aus der Elbe gezogen und behördlich aufgebahrt. Er ist kräftiger Gestalt, hat blonde Haare, kleinen Schnurrbart, vollständige Zähne und war bekleidet mit weißem H. V. gezeichnetem Leinwandhemd, schwarzem und grau gefärbter Hose, grauen, wollenen Strümpfen und schwarzen Lederschuhen. Auf dem linken Unterarme des Toten befindet sich eine aus einem Ohrenlopf, zwei gekreuzten Beilen und den Buchstaben S. P. bestehende Tätowierung. Nachrichten über die Persönlichkeit des Unbekannten werden an die Kgl. Polizeidirektion erbeten.

Prognose der südlichen Landeshauptstadt

für den 28. August.

Südwestwinde; zeitweise Aufhellung; geringe Temperaturänderung; Nachlassen des Niederschlags.

Letzte Telegramme.

Die Berliner Parteiorganisationen zum Parteitag.

Berlin, 28. August. Die Berliner Parteiorganisationen nahmen am Dienstag abend Stellung zum Parteitag. Fast in allen Kreisen wurden die Vorschläge der Organisationskommission zur Änderung des Organisationsstatuts und insbesondere zur Frage des Parteiausbaus verurteilt, teils weil der Ausschuss nicht nötig sei, teils weil er den Zweck nicht erfülle, den Parteivorstand aktionsfähiger zu machen. Sowohl die Referenten als mehrfach die Generalversammlungen schloßen sich auf den Standpunkt, daß die Zahl der unbefohlenen Mitglieder zu erhöhen und die Rechte der Kontrollkommission zu erweitern seien. In einigen Generalversammlungen wurde das Gleichwohlabkommen gemißbilligt; im 8. Kreise wurde auch eine Resolution gegen das Verhalten des Genossen Landberg beim Parteitag im Reichstag angenommen. Die Sonderkonferenzen einzelner Parteimitglieder wurden mehrfach verurteilt. Versuche, eine Beurteilung durch Beschlüsse herbeizuführen, scheiterten.

Türkisches.

Konstantinopel, 28. August. Der Wali von Konstantin, ein Jungtürke namens Kunis, ist abgesetzt worden. Ein r. Bey und zwei andere Führer, die den Widerstand in Tripolis und Benghazi leiteten, sollen vom Komitee abberufen werden, um an dem jungtürkischen Kongresse teilzunehmen.

Feuerbrand.

Mainz-Rombach, 28. August. Heute nacht brach in dem Anwesen des Holz- und Kohlenhändlers Lohm Feuer aus, das bald auf die benachbarten Häuser übergriff. Nur mit Mühe konnten sich die Bewohner aus den Häusern retten. Ein Kind ist in den Flammen umgekommen. Der Feuerwehrgelung gelang es, ein weiteres Ausbreiten des Feuers zu verhindern.

Das heutige Blatt umfaßt 12 Seiten.

Arb.-Radfahrer-Verein Dresden
 Mitglied d. Arb.-Radfahrer-Vereins „Solidarität“.
 Freitag den 30. August, abends 8 1/2 Uhr
 im kleinen Saale des Volkshauses

Außerordentl. Vereinsversammlung

Tages-Ordnung:
 Bericht vom Bundeskongress. — Wahl des Ausschusses.
 Vereins-Angelegenheiten.
 Um recht zahlreichen Besuch dieser Versammlung ersucht
 Der Gesamtverband.

Orts-Krankenkasse für Radebeul und Nachbarorte.
 Sonnabend den 7. September

Außerordentl. General-Versammlung

im Saale zu den „Vier Jahreszeiten“.
Tages-Ordnung:
 1. Bericht über die Gründung eines Zweckverbandes
 gemäß § 46 des R.-V.-G. im Bereich der Königl. Amtshaupt-
 mannschaft Dresden-Rußland.
 2. Allgemeines.
 Radebeul, den 29. August 1912.
 Der Vorstand der Orts-Krankenkasse für Radebeul und Nachbarorte.
R. Foth, Vorsitzender.

Möbel Zschoke

in sauberster Ausführung
 zu billigsten Preisen be-
 ziehen Sie nur aus
Wilsdruff
 vom Genossen
Rein Saden geradeüber vom Bahnhof **Rein Saden**
: Ausstellung kompletter Musterzimmer :
Grosses Lager in Stühlen, Spiegeln usw.
 Lieferung frei ins Haus. Beschädigt. Garantie. Zahlung wird vergütet.
Eigene Tapezierer-Werkstätten.



Vereine!
 Beste bunte
Stöck-Laternen
 100 Stück
 von Mark **2.50**
 Lampen, Girlanden, Kinder-
 gewinne, Glücksrollen
Waren-Lotterien!
 Stempel-Sortimente in jeder Preis-
 lage. — Tombola-Lose - Stücken
 100 Stück 25 Pf.
 Großartige Musteranstellung.
 Reichhaltigste Preisliste gratis.
Reinen Engrospreise.
Ludwig Philippsohn
 Scheffelstr. 18. I. Telefon 699.

Militär-Unterhosen
 in grau, weiß, braun, Paar 95 Pf.
Annähfüsse
 aus prima Handstrickgarn.
Frauenstrümpfe
 prima Wigogne, im. 1x1 ge-
 streift, engl. lang, 8 Paar 1 Pf.
Strumpfabrik
Paul Krause
 Ladengeschäfte:
Geoffstr. 54, Wapnerstr. 23
Rosenstraße 7.

Frauen-Tee!
 altbewährt. Paket 75 Pf.
Alle Frauen-Artikel.
R. Freisleben
Postplatz.

Ohrschutztrommel „Noris“
 Diese Erfindung ist nur
 bei **Hugo Löffler**,
 bbg. Sandlg., Bettinert-
 platz 9, erhältlich. Ich
 warne vor Nachahmung.
Viele Dankschreiben
Erfinder Leonard
Winkler, Nürnberg.
 Etiele i. S. Dabe das Telephon-
 geschäft mit gehört und jetzt be-
 stehe ich alles sehr genau. H. i. G.
 Kommt 14 Tg. danach leichter hören.

Polster-Möbel
 neu und unarbeitsen.
Großhainstraße 111.
 Suche geliebte Händchenherinnen
Luben, Schulstraße 28, 2.

Musenhalle

Einziges Varieté u. Volks-Theater des Westens.
 Sonntag den 1. September
Grosse Saison - Eröffnungs - Vorstellung.
 Hochhaltigstes Familien-Programm mit Kino-Einlagen.
 Das verhängnisvolle Hochzeitsgesehnk. Schwant.
 Der Rodelprinz. Lustspiel.
Damenquartett Wien - Berlin 7 7 und der bor-
 gälische Solotell. — Vorverkauf ab heute.

Dentist Carl Schlegel

Dresden-A., Seestraße 1
 vordem 16 Jahre Wallstraße 1
Ab 1. Oktober: König-Johann-Straße 10.

W. T.
Eröffnung: 31. August

Vereinigung f. Volksbildung u. Kunstpflege

Freitag den 6. September 1912, abends 8 1/2 Uhr
 im Volkswohnsaal, Ostra-Allee

Kunstabend

Der Dichter des neuen Lebens: Emile Verhaeren
:: Musik Vortrag Rezitation ::
 Mitwirkende: **Laura Rappoldt-Kahrer**, Professorin der Musik am Königl. Kon-
 servatorium und Kammervirtuosin. **Julius Bab**, Berlin. **Dr. Emil Geyer**, Wien.
 Eintrittskarten zu 50 Pfennig sind im Bureau des Gewerkschaftskartells,
 Ritzbergstrasse 4, an den in der Kunstbeilage bekanntgegebenen Stellen und bei
 sämtlichen Vertrauensleuten zu haben.

Konsumverein Vorwärts
 empfiehlt
Compenszucker
 (Zucker)
Pfund 28 Pfennig

Erfinder Käufer
 werden sich an das bestrenommierte
 Patentbüro **HOLSMANN**, Dresden,
 Wilschstr. 32 Ankerstrasse.
 Lang. Erfolge. 30 Ansätze. Grunds.
 Beratung u. Angabe v. Firmen die ev.

Nur Große Brüdergasse 11, 2.
 Eingang Cuergasse, vert. Hausenb
 billig herrschaftl. getz. H.-u. D.-
Schabe Wäsche
Kleider, Wäsche
 burschen- und Knaben-Anzüge.
Gewähre 10 Proz. Rabatt.
Sonnabends geschlossen.
Stuhlfechtrohr
 Nr. 2 3 4
 hell, Qual. I 2.50 2.30 2.20
 II 2.30 2.10 2.00
 III 1.70 1.50 1.60
 halbgelb gelb 2.50 2.10 2.00
 C. A. Schneider, H. u. L. E. Zschokke 24.

Der schwarze Löwe
 Bedienung bei
Löwe
 Grosse Brüdergasse 28
in
 Dresden-Aktstadt
Afrika
 nisches Konzert-Haus
ist zu empfehlen.

Hygienische Frauen-Artikel
 Menstruationspulver, Mutterspritzen
 Gummiswaren, Spülapparate, Weis-
 lisse gratis. 10 Proz. Rabatt.
Dresden
E. Pietzsch, Zahnstraße 7.
Instrumente
kauf und tauscht
nur Otto Friebe 13
 Ziegelstrasse
Eckhaus Steinstrasse.

Postkarten
 mit eigener Photographie
 4 St. 1 Pf. Dupond 1.50 Pf.
 liefert
 Photographen **Richard Jähnia**
 Marienstr. 13, in Haus u. Wapner 11

Kios
 Cigaretten
 Kupfering 3 Pf.
 Furstent 4 Pf.
 Welt-Macht 5 Pf.
 Auto-Klub 6 Pf.

Frauen! In der Regel
 möglichkeit der sich wiederholenden
 Einkäufe weimer wert. Damenhand-
 schaft haben Sie den besten Beweis
 i. d. Güte meiner Ware. Kost. gratis.
 Versand. Amor, Frauenstr. 8 u. 19.
Stommoden
 von 17 Pf. an
Tränkners Möbelhaus
 Götterstr. 11, 12

Feldstecher, Marinegläser
 Schutzbrillen) gewöhnliche Gläser
 Schutzklemmer) grau und grün
Arbeitsbrillen, Klemmer
 neue Systeme jeder Schleifart.
 Labelloer Str. Reparatur sofort
F. E. Zimmermann, Ostrastr. 4.
An der Ostrastr. Garten.

Dürkopp-Nähmaschinen und Fahrräder
 bequemste u.
Fahrräder
 Teilzahlung.
Sander & Fichtner
 Gotta, Bartscher Straße 87
 Sep. leer. Zimmer a. Pr. u. verm.
 Reichstr. 80, 4. Feld, abds u. 6 Uhr.



Wapner Str. 14, Tel. 3102 **Wormbauerstr. 24, Tel. 3071**
Wismarplatz 12, Tel. 4102 **Bettnerstraße 17, Tel. 1830**
Eingang Wismarstraße **Hofstraße 43, Tel. 1786**
Rahnerstraße 12, Tel. 2506 **Poststraße 27, Tel. 4884**
Eingang Gieseler Straße **Torgauer Straße 10, Tel. 1888**
Wapner Str. 14, Tel. 4050 **Trombeterstraße 5, Tel. 2087**
Kleinstraße 4, Tel. 2257 **Schiffbauers Str. 18, Tel. 4114**
Bismarckstraße 11, Ecke Wismarstr. Tel. 4871
Kontore und Lagerorten: Schiffbauers Str. 1, Tel. 1004

Der frische Seefisch

ist gerade zur jetzigen Zeit wegen seiner großen Preiswürdigkeit,
 leichtem Verdaulichkeit und hervorragenden Bekömmlichkeit
eine vorteilhafte Speise!
 Heute Vormittag zu erwarten:
eine Waggonladung frische Seefische
 wovon besonders empfehlenswert:

- Seelachs, ohne Kopf, in großen, sehr nahrhaften Stücken Pfund 15**
 - Kabljau, „Galgoländer“, ca. 2 Pfundige Stücker Pfund 15**
 bei mindestens 50 Pfund einer Sorte 12 Pf., Postkonto 140 Pf.
 - Austernfisch, ohne Kopf, beiläufig zum Baden Pfund 18**
 - Goldbarsch, ohne Kopf, nur Fleisch, fett und zart Pfund 18**
 - Lengefisch, ohne Kopf, in großen, herben Stücken Pfund 18**
 bei mindeft. 50 Pfund einer Sorte 14 Pf., Postkonto 170 Pf.
 - Kabljau, ohne Kopf, „Galgoländer“ Pfund 20**
 bei mindestens 50 Pfund a Pfund 16 Pf., Postkonto 150 Pf.
 - Schellfisch, „Galgol.“, circa 1 1/2 - 2 Pfund Stücker Pfund 22**
 bei mindestens 50 Pfund a Pfund 17 Pf., Postkonto 200 Pf.
- Ausführlich gedruckte Preisrechte gratis.**
Versand prompt gegen Nachnahme.

Teppiche Gardinen
 auch solche mit u. Gardinen
 u. Beschlägen. Strenge, Stragen
 staunend billig bei
Kupfermann
 Wilmner Str. 14, I. Etg.

Mutterspritzen
 Hygien. Frauenartikel
Frau Heusinger
 Am See 37
 Ecke Fiedrichsallee
 3 geb. Weissen mit Waer.
 u. 1 Fahrrad billigst zu verk.
 Rosenstr. 11, 1. part.
H.-Rad in Frühl. m. neu. 25 Pf.
 a. vert. Ostrastr. 19, I. r.

+ Damen +
 empf. best. Spülapparate, Mutters-
 spritzen, hyg. Artikel und werden
 sich bei E. Strömer vertrauensvoll an
Frau Fröhlich, (alt) Badstr. 23, I.

Kokos-Flocken
 Selbmanns Filialen
Klopplerinnen, Gold u. Silber
Goldfeld, Br.-Gotts, Nürnbergstr. 22, I.
Waagen-Monteur
 in Lebensstellung suchen
Stier u. Merker, Chemnitz.

Oberdurch die traurige Nachricht, daß Dienstag früh 7 Uhr
 meine liebe, gute Frau
Martha Müller
 nach längerem Leiden im Alter von 87 Jahren sanft entschlafen ist.
 Dies zeigt Schmerz erfüllt an
Paul Müller, Fleischermeister.
 Reinnaundorf, den 27. August 1912.
 Die Beerdigung findet Freitag den 30. August, nachmittags
 8 1/2 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Zurückgekehrt vom Grabe meiner lieben Gattin, unserer
 guten Mutter **Hulda Weisbrod** drängt es mich, für die
 vielen Beweise der Teilnahme durch Wort und Schrift und den
 herrlichen Blumenkranz allen Verwandten, Freunden, Be-
 kannten und Sportgenossen nur hierdurch unseren innigsten
 Dank auszusprechen. Besonderen Dank Herrn Pastor Kühnel
 für die tröstlichen Worte am Grabe, meinem Herrn Arbeit-
 geber und meinen Kollegen sowie dem Radfahrerverein Wapner-
 laß, Schickung für das freiwillige Tragen und Geseit zur
 letzten Ruhestätte der so früh Entschlafenen.
 Neuglitz, den 28. August 1912.
Der tieftrauernde Gatte nebst Hinterbliebenen.
 Zu wahr! so gut, du starbst so früh,
 Wer dich gekannt, bezieht dich nie!

Zurückgekehrt vom Grabe meiner so früh entschlafenen Frau,
 unserer Mutter **Auguste Michael** drängt es mich, allen
 denen, die uns durch Wort, Schrift und Blumenkranz ihre
 Teilnahme bezeugten, herzlich zu danken.
 Der trauernde Gatte nebst Kindern und Angehörigen.
Gittersee, den 28. August.
 Dir aber, liebe Mutter, rufen wir ein „Ruhe somit“ in
 dein stilles Grab nach.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Hermann Fleißner, Briesnitz.
 Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Reinhold Fischer, Dresden.
 Druck und Verlag: **Raben & Komp., Dresden.**

An die Parteigenossen Sachsens!

Die Landesversammlung der sächsischen Sozialdemokratie, die vom 18. bis 20. August in Dresden stattfand, hat auf Grund des § 12 des neuen Organisationsstatuts bestimmt, daß der Sitz des Landesvorstandes auch für das neue Geschäftsjahr in Dresden sein soll. Sie hat weiter im Anschluß daran in den Landesvorstand folgende Genossen gewählt:

Karl Sindermann

Dresden-N., Große Zwingerstraße 14.

Ernst Braune

Radeberg, Bismarckstraße 4.

Ernst Schulze

Coffeabaude bei Dresden.

Parteigenossen! Der Landesvorstand hat die Beschlüsse der Landesversammlung zur Ausführung zu bringen und wichtige Aufgaben der Organisation und Agitation zu erfüllen. Hierzu bedarf er der eifrigen Unterstützung aller Genossen in den einzelnen Wahlkreisen. Wir erwarten, daß sie ihm immer juteil sind!

Die Vereinsvorsitzenden erinnern wir an den Beschluß der Landesversammlung, ihre Adressen dem Landesvorstand einzuschicken, und bitten um sofortige Mitteilung, weil in nächster Zeit wieder das Adressenverzeichnis der Organisationsleiter bekanntgegeben wird.

Wir erfordern im übrigen die Parteigenossen, sich in allen Angelegenheiten der allgemeinen Agitation und Organisation, der Gemeindepolitik, sowie in allen Kämpfen mit den Behörden usw. sofort an den Landesvorstand zu wenden.

Des weiteren erfordern wir die Parteigenossen, sofort in eine umfassende Agitation zur Erwerbung der Staatsangehörigkeit und des Bürgerrechts einzutreten, damit bei den diesjährigen Gemeinderatswahlen und bei den nächsten Landtagswahlen die Forderungen dieser Agitation in die Erscheinung treten.

Zuschriften und sonstige Sendungen bezüglich der Organisation, Agitation und Presse sind zu richten an:

Karl Sindermann, Dresden-N., Große Zwingerstraße 14.

Zuschriften in bezug auf die Gemeindepolitik, Gemeinderatswahlen usw. sind zu richten an:

Ernst Schulze in Coffeabaude bei Dresden.

Geldsendungen sind dagegen nur an den Kassierer

Ernst Braune, Radeberg l. S., Bismarckstraße 4

zu richten.

Dresden, den 24. August 1912.

**Der Landesvorstand
der Sozialdemokratischen Partei Sachsens.**

Sächsische Angelegenheiten.

Schulpflicht und Wanderversuche.

Wie verlautet, sollen anlässlich der bevorstehenden Kaiserwahlen die Schulpflichter förmlich zu Wanderversuchen animiert werden, und zwar unter Wegfall des Schulunterrichts. Die Geschichte soll sogar durch eine Verordnung des Kultusministeriums geregelt werden, die unter anderem folgendes besagt:

„Das für den stets freiwillig bleibenden Besuch lehrerwert militärischer Übungen der Unterricht jeder Schule nur an einem Tag ganz oder nur für bestimmte Klassen ausgesetzt werden darf. Doch ist hierzu noch besondere Genehmigung des Schulvorstandes und der Bezirksschulinspektion einzuholen. In der Hauptsache soll der Besuch in Begleitung des Lehrers erfolgen, doch ist auch zum Besuch mit den Eltern auf Ansuchen Urlaub zu gewähren. Schüler, die an einem offiziell geplanten Ausflug nach dem Wanderversuch nicht teilnehmen, sollen, soweit tunlich, in der Schule beschäftigt werden.“

Diese Verfügung hat zwar dem Anschein nach einschränkende Charakter, in Wirklichkeit verleiht sie den Lehrern nicht nur das Recht, den Unterricht an einem Tage der Wanderversuche ausfallen zu lassen, sie weist sie sogar indirekt auf die Wanderversuche hin. Eine derartige Verordnung wird für viele Lehrer ein Verstoß sein. Es ist also damit zu rechnen, daß in diesem Jahre eine noch größere Teilnahme von Kindern an den Wanderversuchen zu erwarten ist. Selbstverständlich werden wenig Kinder von dem eventuell in Aussicht genommenen Ausflug zurückbleiben wollen, weil sie diesen sicherlich interessanter finden, als wenn sie dafür einige Stunden im Schulzimmer verbringen sollen. Natürlich ist bei einem von Schulvorstand und Bezirksschulinspektion sanktionierten Ausflug die Schulgemeinde für einen eventuellen Unglücksfall haftbar. Unsere Vertreter in den Schulvorständen aller Orte werden sicherlich dafür sorgen, daß für Ausflüge bessere Plätze gewählt werden als Wanderversuche.

Nationalliberale Volksschulpolitik.

Im Nationalliberalen Vereinsblatt, dem Organ der sächsischen Nationalliberalen, ergibt sich der Seminardirektor Dr. Seyfert, der Schulpolitiker der nationalliberalen Landtagsfraktion, der aber vielfach von seinen Freunden im Stich gelassen wird, über die Grundanschauungen der Nationalliberalen in der Volksschulreform und kommt da zu folgenden Grundätzen:

1. Die nationalliberale Partei erkennt die hohe Bedeutung der Volksschule an und hält sie für den Kern der Volkswirtschaftlichen Grundlagen.

2. Die nationalliberale Partei sieht die Pflege der Volksschule als eine Aufgabe des Staates an, der diese Aufgabe im wesentlichen durch die Gemeinden als Organe des Staates lösen läßt.

3. Den Gemeinden gegenüber fordert der Staat gesetzlich diejenigen Einrichtungen, durch die deren volle Wirksamkeit als einer

Volksschulbildung gesichert wird; die örtlichen Verhältnisse sind dabei gebührend zu berücksichtigen. Der Staat übernimmt einen wesentlichen Teil des Aufwandes für die Volksschule. Im übrigen läßt der Staat der Selbstverwaltung Raum.

4. Als Staatsberufung ist die Schule unabhängig von der Kirche; das Verhältnis zwischen Kirche und Schule ist das der Nebenordnung. Die Schulaufsicht führt nur der Staat.

5. In der höchsten und inneren Organisation der Schule sollen die einzelpersönlichen Erziehungsziele und die Staatsziele vereinigt werden.

6. Der Schuldienst erfordert tüchtige Persönlichkeiten; gute Auswahl und gute Ausbildung der Lehrer ist eine der wichtigsten Aufgaben des Staates.

7. Unter der Voraussetzung, daß diese Aufgabe erfüllt ist, muß das Schulamt, soweit irgend möglich, auf die persönliche Verantwortlichkeit des Lehrers gegründet werden. Der Schulbetrieb kann nicht bürokratisch gestaltet werden. In ihren Pflichten und Rechten müssen die Lehrer der Staatsbeamten im allgemeinen gleichgestellt werden.

Um die wichtigsten Fragen, wie Einheitschule und Untertugendlichkeit des Unterrichts, geben diese Grundzüge herum. Wenn das schon bei dem nationalliberalen Schulpolitiker geschieht, dessen Ansichten und Bestrebungen man im nationalliberalen Lager für entschieden radikal hält, was soll dann erst von den übrigen Herren in der Fraktion Dreschschelbe erwartet werden?

Standalöse Zustände in Gefindeschlachten.

Gestern haben wir bereits mitgeteilt, daß die Amtshauptmannschaft Oßach wegen schlimmer Zustände in den Schlachten für Gefinde bei einer Anzahl Bauern ein Regulatorium über die Wohnverhältnisse für Landarbeiter erlassen hat, das aber keine Gegenleihe bei den Agrariern im Bezirksauswahlschuss fand. Bei den Verhandlungen im Bezirksauswahlschuss sind, wie nachträglich noch mitgeteilt ist, nach einem Bericht des Berliner Tageblatts aus Wittenberg über die Verhältnisse gemacht, die bei etwa 40 Revisionen aufgedeckt worden waren. Die trübseligsten vorgetragenen Fälle waren folgende: In einem Jahrhaus schliefen ein 16jähriger Knecht und dessen Mutter, sowie ein 20jähriger Knecht, der zugleich der Geliebte der Frau war, in einem Bett; in einem andern mußten ein Knecht und zwei Mägde zusammen in ein Bett teilen, in dem die zweite Magd am Fußende quer lag. Die Mehrzahl des Bezirksauswahlschusses lehnte den Nachtrag ab und sah in ihm, wie Kammerherr Zahrer von Sahr hervorhob, nur ein „Mißtrauensvotum gegen die ländlichen Arbeitgeber“. Darauf erklärte Amtshauptmann Dr. Wach, daß die Amtshauptmannschaft die Regelung der Angelegenheit manmehr selbständig vornehmen müsse.

Der Erste sächsische Kammer gehören ein paar Herren Zahrer v. Sahr als Mitglieder an, darunter auch ein Kammerherr Zahrer v. Sahr auf Dahlen. Der letztere scheint der „ländliche Arbeitgeber“ zu sein, der im Oßacher Bezirksauswahlschuss es als Mißtrauensvotum empfand, wenn die Behörde die grauenhaftesten sittlichen Zustände auf den Gütern der Agrarier beseitigen will, die dort aus verdrehter Habgier eingegriffen sind. Vielleicht erlebt man noch, daß die Herren v. Sahr im sächsischen Herrenhause solche Zustände verteidigen und Klagen gegen die Behörden organisieren, die dagegen einschreiten.

Die Fag gegen den Armen Teufel.

Wie schon mitgeteilt, ist gegen unser Zittauer Parteiorgan wegen der mit Der arme Teufel unterzeichneten Wochenpublizität ein Verfahren eingeleitet und auch die Briefsperrung verhängt worden. Besonders scheint es die Staatsanwaltschaft auf die Briefe des Gen. Edmund Fischer abgesehen zu haben. Denn gegen ihn geht die Fag durch Briefsperrung weiter. Wie der Zittauer Volkszeitung mitgeteilt wird, wurden auch sämtliche an den in Holland weilenden Genossen Fischer gerichtete Korrespondenzen, die nach seiner Wohnung in Weiskuhle gelangen, angehalten, und wenn die Staatsanwaltschaft Verfügung dazu verhängt, beschlagnahmt. Obwohl Genosse Fischer sicher keine Briefe bekommen wird, die aus strafrechtlichen Gründen von der Staatsanwaltschaft nicht gelesen werden dürften, ist es doch zu empfehlen, Briefe für ihn nur an Mittelspersonen zu adressieren, da er sie anderenfalls erst mit mehreren Kopien Besetzung in die Hände bekommt, was unter Umständen nicht nur für den Adressaten, sondern auch für den Absender eine unangenehme Sache ist.

Was aber um alles in der Welt mag — so bemerkt unser Zittauer Parteiblatt dazu — der Staatsanwaltschaft zu ihrem schneidigen Vorhaben Anlaß geben. Wie haben den fraglichen Artikel wiederholt durchgelesen und vermögen darin weder eine formelle noch sonst eine Verleumdung, noch irgend ein anderes mit Strafe bedrohliches Vergehen zu finden, geschweige denn ein so kapitales Verbrechen, das eine solche Haupt- und Staatsaktion rechtfertigt.

Wieder eine Staatssetzung.

Vor kurzem feierten die Gewerkschaften in Kötha ihr drittes Gewerkschaftsfest in gewohnter Ruhe und, wie selbst von den gedüngelten Spießbürgern zugegeben werden muß, in musterwürdiger Ordnung. Der wachsame bismarckische Amtshauptmannschaft aber war es nicht entgangen, daß sich unter dieser „scheinbaren Ordnung“ ein ganz schauerhaftes staatsverbrecherisches Treiben verbarg. Am 17. August war der Vorstand des Gewerkschaftsrates vor das Forum der Behörde geladen, wo dem Anwaltshofen eröffnet wurde, daß ein guter deutscher Patriot in Kötha durch das Fest in ganz empfindlicher Weise in seiner Ruhe gestört worden sei. Weiter anderem wurde erklärt, der Festzug sei gar kein gewöhnlicher Festzug, sondern eine Demonstration gewesen, denn einige Gewerkschaften hatten festgenommen „mit einer blutroten Fahne oder sonstigen Symbolen“ mitgeführt. Der verdrehteste Parteivorstand soll aber nicht bloß gegen den Staat rebelliert, sondern auch gegen das Vereinsgesetz verstoßen haben. Die Amtshauptmannschaft habe erfahren, daß während der Festzüge einige Kinder nicht entfernt waren. Auch soll von den Mitgliedern 75 Pf. und von Nichtmitgliedern 150 M. als Festbeitrag erhoben worden sein.

Aber die Behörde begnügte sich nicht damit, dem Parteivorstand sein Sündenregister vorzulegen, sie hat auch bereits die ersten Maßnahmen gegen den drohenden Unruhestifter, und zwar zunächst gegen den Gastwirt, der die gefährliche Gesellschaft in seinen Räumen beherbergte. Neben dem Gasthof Stadt Weiskuhle in Kötha ist für dauernd das Militärverbot verhängt worden. Für gewöhnliche Sesseltische wird es unverständlich bleiben, warum für angegebene und noch gar nicht erwiesene Vergehen einiger Vereinsmitglieder ein unbefugter Vorstoß in seiner Ehre bestraft wird. Aber die Wege der Behörden sind oft wunderbar.

In Kreuze getroffen

war der Vorstand des Saalinhaberverbandes, der wegen eines Artikels im Verbandsorgan in Ungnade gefallen war, wie wir kürzlich schon mitteilten. Er desavouierte den Redakteur dieses Blatt und hat beinahe wegen dieses durchaus zutreffenden Artikels um Entschuldigung. Damit glaubt der Vorstand des genannten Verbandes aber noch nicht genug getan zu haben. Er sieht die oberbehördliche Gnadenjonne wieder zu sichern. Er hält es vielmehr für zweckmäßig, in den bürgerlichen Blättern folgende Lokalitätsversicherung veröffentlicht zu lassen:

„In den letzten Tagen hat sich auf Grund einer Erklärung des Dresdner Journalists eine größere Anzahl Setzungen Sachsen und über dessen Grenzen hinaus veranlaßt gehalten, bei Nachdruck dieser Erklärung den Verband und seine Mitglieder als unnational zu kennzeichnen, die Behauptung aufzustellen, der Verband erweise sich unanständig gegenüber dem Wohlwollen der Königl. Staatsregierung. Das berartige Beschuldigungen nicht der Wahrheit entsprechen, wird am besten damit widerlegt, daß sich der Verband mit der für ihn zuständigen höchsten Stelle, dem Königl. Ministerium des Innern, in bestem Einvernehmen befindet. Wenn durch ein einschlägiges Versehen der Schriftleitung ein Artikel im Sachverhalt gefunden hat, an dem mit Recht Anstoß genommen wurde, so ist dies wohl tief bedauerlich, jedoch können Schlässe, daß der Verband nicht treu zu König und Vaterland stehe, niemals hieraus gezogen werden. Die Befestigung des wirtschaftlichen und sozialen Standes des Saalinhaberverbandes auf gesetzlichem Boden wird jederzeit die höchste Aufgabe des Verbandes sein und bleiben müssen.“

Das behördliche Wohlwollen mag für die geschäftlichen Interessen der Saalinhaber nicht ohne Bedeutung sein, dennoch sieht diese zweite Erklärung wie eine Schweifenebel nach erhaltenem Fußtritt. Ein Schweigen wäre in diesem Falle besser gewesen.

Freiberg. Der Besuch der Erzgebirgischen Ausstellung stellt sich in letzter Woche, vom 15. bis mit 25. August, auf 41 100 Personen, so daß sich der Gesamtbesuch einschließlich der Dauerkarten-Inhaber auf 515 600 beläuft. Besucht wurde die Ausstellung in letzter Woche von 50 Vereinen, 1 Gewerbeschule, 4 Fortbildungsschulen und 8 Volksschulen.

Gohrenstein-Ernstthal. Vor einiger Zeit hat der hiesige Stadtrat eine neue Steuer eingeführt für die hiesigen Gesangsvereine, dergestalt, daß ein jeder Verein, der ein Hochzeits-, Trauer- oder Geburtstagsständchen singen will, dafür 1 M. Steuer an die Stadt zahlen muß. Diese Steuer hat nun den Herrn der Gesangsbrüder entsetzt. Dieser Tage fand hier eine Sitzung von vier bürgerlichen Gesangsvereinen statt, in der beschlossen wurde, an den Stadtrat eine Eingabe um Aufhebung dieser Steuer zu richten. Sollte sich der Rat nicht geneigt fühlen, diese Steuer aufzuheben, so wollen diese vier Vereine, die schon seit Jahren bei allerhand patriotischen Festen, wie Kaiser- und Königsgeburtstagsfeier, mitwirkten, ihre Mitwirkung bei solchen einstellen oder dementsprechende Bezahlung verlangen. Man darf nun gespannt sein, wie sich der Rat zu dieser Eingabe stellen wird.

Keine Nachrichten aus dem Lande. Auf der Schönbauer Landstraße bei Chemnitz ereignete sich am Dienstagabend ein schwerer Automobilunfall. Zwei Kinder, die beim Obstflößen aus dem Garten kamen, wollten einem Fuhrwerk ausweichen, als hinter diesem ein Automobil in schneller Fahrt herankam, die Kinder erfasste und überfuhr. Der 6 Jahre alte Knabe Ulrich war sofort tot, das 12jährige Mädchen Lange erhielt sehr schwere Verletzungen. — Nach dem Besuch von Blasen in Frankenberg a. M. fünf Personen unter Vergiftungserscheinungen erkrankt. Es läßt sich nicht genau feststellen, ob die Erkrankung von direkt giftigen Blasen oder nur verdorbenen, welche die nicht mehr zum Genuß nötige Reststoffe befallen, herrührt. — Die Rettung eines Kindes gelang am Sonntagabend vormittag dem Schneidermeister Ernst Clemens in Spornberg. Der im fünften Lebensjahre stehende Knabe Kern war in die angefrorenene Spree gefallen. Eine Frau hatte das Kind im Wasser schwimmen sehen; auf ihre Hilferufe sprang Clemens in die Spree. Das Kind war schon gegen 50 Meter fortgeritten und drohte gerade unterzugehen, als er es noch fassen konnte. Es war beinahe tot, Wiederbelebungsbemühungen hatten jedoch Erfolg. — Zwischen einem Automobil und einem Fuhrwerk kam es an der Straßenecke gegenüber dem Gasthof zum Schwarzen Hahn in Fischbach bei Stalpa zu einem Zusammenstoß. Das dem Offiziersfabrikanten Gustav Müller in Dörrsdorf gehörige Gespann wurde von dem Automobil angefahren. Hierbei wurden die beiden Söhne des Herrn Müller schwer verletzt. Das Automobil, einem Dresdner Besitzer gehörig, wurde schwer beschädigt. — Zwei Selbstmorde wurden am 19. August in R. gemeldet: Aus unbekannter Ursache nahen sich der 30jährige Hauswirtschüler Wilmshorst, Vater von drei Kindern, das Leben, und wegen eines schweren Leidens erschloß sich der 19-jährige Seminarist Franz Roming in seiner Wohnung. — Tödtlich verunglückt ist auf der Maximilianstraße in Richtenkranne der Maurer Mann aus Hroisau. Als er mit dem Ausmauern eines Ruppelohrens beschäftigt war, löste sich plötzlich ein mehrere Meter schweres Eisenblech und fiel auf den Kopf und Brust des Mannes. Er war auf der Stelle tot. Der Verunglückte hinterläßt eine Witwe mit sechs Kindern.

Stadt-Chronik.

Presse und Geheimnisse.

Im Dresdner Anzeiger wird heute der stenographische Bericht über die außerordentliche geheime Stadtverordnetenversammlung — entsprechend einem Beschluß der Stadtverordneten — veröffentlicht, die am vorigen Donnerstag stattfand. In dieser Sitzung wurde bekanntlich der „Kaiser-Wilhelm-Fonds“ beschlossen, worüber bereits das Rädige berichtet und gesagt worden ist. Der stenographische Bericht bringt neue Gesichtspunkte nicht, die uns veranlassen könnten, noch einmal auf die Sache selbst einzugehen. Ein anderer Umstand scheint uns aber der Besprechung wert. Wigwagvorsteher Dr. Vogel (natl.) führt u. a. aus:

„Da ich einmal das Wort habe, möchte ich auch noch meinem tiefen Bedauern darüber Ausdruck geben, daß über die Einberufung und den Zweck unserer heutigen Beratung, die geheim sein sollte, bereits in einem heute abend erschienenen Blatte ausführliche Mitteilungen enthalten sind. (Schäme dich sehr richtig!) Meins Herzens es hört doch alles auf, wenn die Vorkehrung der Vertraulichkeit so mißachtet wird; dann haben geheime Verhandlungen des Kollegiums überhaupt keinen Zweck mehr. Ich weis nicht, ob es Mittel und Wege gibt, um folgen-

stellen, auf welchen Wegen und durch welche Personen die Sache in die Öffentlichkeit gebracht worden ist. Jedenfalls halte ich es für richtig, daß wir unter dieser Aufsicht des Bedauerns darüber auszusprechen, denn zum Teil wird der Zweck, den wir bei Begründung dieser Konvention im Auge haben, durch diese Indiskretion vereitelt. (Redaktions sehr richtig!) Wenn der Inhalt unserer Beschlüsse schon vorher in aller Öffentlichkeit besprochen worden ist, so macht seine Veröffentlichung durch den Mund des Herrn Oberbürgermeisters dann natürlich keinen besonderen Eindruck mehr. (Redaktions sehr richtig!)

Dazu bemerkte dann der Berichterstatter Stadtv. Unrath: „In dem Bedauern darüber, daß in den Kreisen, die bisher von der Sache Kenntnis gehabt haben, die Verschwiegenheit nicht gewahrt worden ist, sind wir uns wohl alle einig, ob es aber zu ermitteln sein wird, wo dieser Vertrauensbruch erfolgt ist, das bezweifle ich; es wird dies wahrscheinlich sehr schwer sein.“ Der Vorsitzende Dr. Stödel erklärte zum Schluß weiter, daß er auf die Indiskretionen noch zukommen“ wolle, es werde aber sehr schwer sein, sie aufzudecken.“

Es handelt sich um die Dresdner Nachrichten, also um ein konservatives Blatt, das hier in Frage kommt. Den konservativen Herren seien die Sache deshalb einigermassen fatal zu sein. Wir stehen selbstverständlich auf dem Standpunkt, daß mit derartigen Geheimnisräumereien überhaupt aufzuräumen ist und erklären ganz offen, daß wir ebenso gehandelt hätten wie die Dresdner Nachrichten, wären wir dazu in der Lage gewesen. Zumal die Heimlichkeit in diesem Falle in der Sache durchaus nicht begründet war. Denn der Grund, den Herr Dr. Vogel angab, daß mit der vorzeitigen Veröffentlichung dem Oberbürgermeister die Punkte seiner Anregung genommen worden sei, ist doch nicht ernst zu nehmen. Die Presse hat nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, die Öffentlichkeit über allgemein wertvolle Vorgänge zu unterrichten, und zwar sobald wie möglich.

Uns interessiert der Vorgang aber aus einem anderen Grunde noch besonders. Die Dresdner Volkszeitung veröffentlichte seinerzeit einen Artikel, dessen Inhalt zum Teil einer vertraulichen Ratssitzung entnommen war. Die Sache war bereits erledigt und nachteilig für die Stadt durch die Veröffentlichung in keiner Weise erwachsen. Da war es ein Konzeptionsrat, der Herr Stadtv. Kohnmann, der in öffentlicher Sitzung die Dresdner Volkszeitung denunzierte und eine formelle Untersuchung verlangte. Diefelbe wurde auch eingeleitet und ein sozialdemokratischer Stadtverordneter bekannte sich ohne weiteres als der Gewährsmann der Dr. Volksg. Damit war die von Herrn Kohnmann beabsichtigte Staatsaktion erledigt. Im vorliegenden Falle benahmen sich jedoch die konservativen Herren ganz anders. Sie mimierten den Versuch der Feststellung des Verfälschers von vornherein als aussichtslos ab. Wahrscheinlich weil er Herr Unrath und Genossen sehr nahe stehen dürfte. Wir werden uns den Fall für etwaige spätere Vorkommnisse ähnlicher Art merken.

Großes Unheil

droht allen denen, die ihren Austritt aus der Landeskirche vollzogen haben oder noch zu vollziehen gedenken. Mit wachsender Besorgnis und vollständig ratlos scheint man in interessierten Kreisen den sich ständig mehrenden Kirchenaustritten entgegenzusehen. Aus der Reichshauptstadt kommt die Kunde, daß im letzten Jahre 9178 Personen ihren Austritt aus der Kirche vollzogen haben. Die Zeitungen berichten fortgesetzt von aufsteigender Bewegung der Kirchenaustritte. Wie nun in bürgerlichen Kreisen zu sehen ist, hat der evangelische Oberkirchenrat durch einen Erlaß vom 16. Februar dieses Jahres allen Mitgliedern der Landeskirche kundgetan, „wie die Ausgetretenen von Seiten der Gemeindeführer zu behandeln sind.“ Auf dem Scheiterhaufen verbrannt können ja die Betroffenen nicht werden, dazu hat die Kirche keine Macht mehr, aber diese Abtrünnigen dürfen nicht mehr Lauspathen werden, sie dürfen nicht kirchlich getraut werden, sie haben kein kirchliches Wahlrecht, verlieren also alle „kirchlichen Ehrenrechte“ event. auch den Anspruch auf einen evangelischen Kirchhofe beerdigt zu werden. (1) Auch soll von den Gemeindeführern erzwungen werden, ob es nicht ratsam sei, Kindern ausgetretener Eltern die Taufe und die Konfirmation zu verweigern, weil ja doch jede „Bürgerschaft religiös-sittlicher Förderung“ fehlt.

Diese luridsten Drohungen werden ihre Wirkung nicht verfehlen, die den Kirchenvätern allerdings nicht angenehm sein dürfte. Der Erlaß ist übrigens ganz und gar überflüssig. Denn wer aus der Kirche austritt, will eben mit all den „kirchlichen Ehrenrechten“ nichts mehr zu tun haben. Die kirchlichen Rechte kann der Arbeiter schon entbehren, wenn er nur mehr politische hätte. Dafür ist aber gerade die Kirche nicht zu haben.

Inerhörte Absperrungsmaßregeln

sind von der Polizei für die höchsten Festlichkeiten in der Stadt getroffen. Wegen des Zapfenkreises auf dem Theaterplatz wird z. B. angeordnet:

Von abends 6,45 Uhr an werden der Theaterplatz, die Sophienstraße zwischen Hauptwache und Taschenbergpalais, der Zwinger und der Zwingerwall, der Taschenberg, der Schloßplatz einschließlich der Terrastreppe und der Augustusstraße bis zur Brühlischen Gasse, des Georgentores und der Schloßstraße bis zum Taschenberg sowie der Straßenstrahl hinter dem Opernhaus und die ganze Friedrich-August-Brücke für den gesamten Fuß-, Fahr- und Reiterverkehr einschließlich desjenigen der Straßenbahnen, mit alleiniger Ausnahme des Wagenverkehrs nach dem königlichen Schloße und dem königlichen Opernhaus gesperrt. Die Zwingerdurchgänge dürfen vom Zeitpunkt der Sperrung an nur noch von den mit Einladungsarten des königlichen Oberbefehlshabers, ferner mit Erlaubnisarten der königlichen Kommandantur zum Betreten des Theaterplatzes, oder mit Platzkarten für die Tribüne vor der Gemäldergalerie versehenen Personen passiert werden.

Man bedenke, daß gerade um diese Zeit auf den gesperrten Straßen und Plätzen ein besonders starker Verkehr von Fußgängern und auf der Straßenbahn herrscht. Zwei Stunden vor Beginn der Sache sperrt man den öffentlichen Verkehr! — Die Polizei scheint selbst das Brekäre dieser Anordnung zu empfinden, denn in einer Zuschrift an die Presse sucht sie die Sperrungsmaßregeln noch besonders zu begründen. Sie erklärt, daß „Leider“ (!) nicht mehr Raum für den Verkehr freigehalten werden könne. Und in der bürgerlichen Presse ist zu lesen, daß durch die Absperrungen es dem Publikum „Leider“ unmöglich gemacht sei, „an den Aufzügen für die Fürlichkeiten teilzunehmen.“ Trotzdem wird man am andern Tage in denselben Zeitungen Festberichte lesen, nach denen das Volk regen Anteil an der Geschichte genommen

habe. — Wenn ein Streikposten auf der Straße ruhig und unauffällig seines Amtes waldet, dann fährt er den Verkehr und die Polizei jagt ihn weg, wie es häufig schon da war. Der Vergleich liegt sehr nahe.

Wohnungsbristkasten.

Die Anbringung von Briefkästen an den Eingängen der Wohnungen zur Aufnahme der Postsendungen und Zeitungen für die Wohnungsinhaber hat sich bei dem stetig wachsenden Verkehr als so zweckmäßig erwiesen, daß das Publikum von der Einrichtung in weit größerem Umfange Gebrauch machen sollte, als dies bisher geschehen ist. Abgesehen davon, daß durch das Vorhandensein von Hausbriefkästen die Briefbestellung im eigenen Interesse des Publikums erheblich beschleunigt wird, bietet die Einrichtung den besonderen Vorteil, daß in den Fällen, in denen der Empfänger abwesend oder in der augenblicklichen Entgegennahme der Postsendungen verhindert ist, die Sendungen nicht zum Postamt zurückgebracht zu werden brauchen, sondern durch Abladelegen in den Briefkästen schneller in die Hände der Empfänger gelangen, als wenn sie bei einem späteren Bestellschritt nochmals durch den Briefträger überbracht werden. Außerdem wird es den meisten Briefempfängern erwünscht sein, wenn die vom Briefträger abgegebenen Briefe und Postkarten nicht zuvor in die Hände anderer Personen gelangen, wodurch leicht Anlaß zu Indiskretionen gegeben wird. Die Anbringung eines Hausbriefkastens sollte daher bei keiner Wohnung unterlassen und insbesondere auch bei Aufführung von Neubauten von vornherein in Betracht gezogen werden. Von den verschiedenen Arten der im Gebrauch befindlichen Hausbriefkästen haben sich in der Praxis am besten die in die Eingangstür zu den einzelnen Wohnungen eingelassenen Einwurfskästen mit einem dahinter an der Innenseite der Tür angebrachten verschließbaren Briefkasten bewährt. Es empfiehlt sich, diesen Einwurfskästen eine solche Ausdehnung zu geben, daß von den betreffenden Werten auch größere Briefe und Drucksachen eingelegt werden können.

Sonderzug nach Leipzig.

Der Sonntag den 8. September von Dresden Hauptbahnhof nach Leipzig bestehende Sonderzug zu ermäßigten Preisen bietet eine günstige Gelegenheit zum Besuche der Leipziger Weltausstellung. Dieser Zug wird im Anschluß an die Frühverbindung von Baranitz und Birna Dresden Hauptbahnhof 6,10, Dresden Bettendorferstraße 6,15, Dresden-Neustadt 6,20, Radebeul 6,29, Adschendroba 6,36 und Coswig 6,43 verlassen und 8,44 in Leipzig Dresdener Bahnhof eintreffen. Die Rückfahrt des Sonderzugs von Leipzig Dresdener Bahnhof erfolgt abends 10,30 und die Ankunft in Dresden Hauptbahnhof 12,08 nachts. Die ermäßigten Fahrpreise für eine Fahrt im Sonderzuge betragen von Dresden Hauptbahnhof oder Bettendorferstraße nach Dresden-Neustadt 3,20 M. in 2. Klasse und 2,20 M. in 3. Klasse, von Radebeul 3 M. und 2,05 M., von Adschendroba 2,90 M. und 1,95 M., von Coswig 2,80 M. und 1,85 M. Reisende, die den Sonderzug auch zur Rückfahrt benutzen wollen, erhalten hierzu Fahrkarten zu gleichen Preisen nur bei Abfuhr der Karten für die Hin- und Rückfahrt; jene Karten sind mit dem Aufdruck „Rückfahrt“ versehen und berechtigen übrigens auch, wenn für etwa zur Rückfahrt am ersten Tage im Sonderzuge nicht benutzt werden sollten, vom zweiten bis zum vierten Tage zur Rückfahrt in fahrplanmäßigen 1. oder 2. Klasse gegen Zahlung einer halben gewöhnlichen Fahrkarte derselben Klasse, gegen Zahlung von Schnellzugzuschlagarten auch in Schnellzügen. Reisende, die schon bei der Hinreise angeschlossen sind, den Sonderzug zur Rückreise nicht zu benutzen, verfahren vorteilhafter, wenn sie eine Sonderzugskarte zur Rückfahrt nicht entnehmen, weil ihr Fahrpreis und der zu zahlende Zuschlag um einen geringen Betrag höher sind als eine gewöhnliche Fahrkarte. (1) — Fahrunterbrechung auf Sonderzugskarten ist ausgeschlossen. Der Sonderzug kann zur Rückfahrt auch von anderen Reisenden mit gewöhnlichen Fahrkarten benutzt werden. Der Fahrkartenverkauf beginnt Freitag den 6. September und wird Sonnabend den 7. September, abends 9 Uhr, geschlossen.

Wohnungswesen.

Die beiden Dresdner Amtshauptmannschaften machen einen Nachtrag zu dem Regulativ über das Untervermietungs-, Schlafstellen- und Kostgängerwesen vom 17. Juni 1891 bekannt. Danach erhält der § 7 folgende neue Fassung: „Das Vermieten von Schlafstellen und Untervermietung ist in Familien-Wohnungen, die nur aus Stube, Kammer und Küche bestehen oder noch weniger Räume enthalten, verboten, in größeren Wohnungen ist es nur unter der Voraussetzung gestattet, daß der Familie des Vermieters mindestens Stube, Kammer und Küche zu ausschließlich eigener Benutzung verbleiben und daß auf den Kopf der Familie mindestens 10 Kubikmeter Luftraum entfallen. Bei Berechnung des Luftraumes zählen nur Stuben und Kammern des Wohnzweiges, nicht aber gewöhnliche Küchen und Korridore. Alleinlebende Männern und Frauen bleibt es unbenommen, Personen des besondern Geschlechts in ihren eigenen Schlafstätten, dasfern letztere den Vorschriften dieses Regulativs entsprechen, aufzunehmen. In Wohnungen, in denen Untermieter wohnen, dürfen keine Schlafleute aufgenommen werden und umgekehrt. Bei Vorliegen besonderer Verhältnisse, insbesondere bei gesundheitlich besonders günstig gelegenen Wohnungen, können von der Amtshauptmannschaft nach Gehör des Bezirksarztes und der Ortsbehörde auf Antrag Ausnahmen gestattet werden.“

Vermischte Nachrichten. Die Verhandlungen des Schwurgerichts in der fünften diesjährigen Sitzungsperiode beginnen Montag den 16. September und dauern voraussichtlich zwei Wochen. Den Vorsitz wird Landgerichtsdirektor Pröhl führen. — Wie gestern berichtet, wurde in Gohlis vom Fähnrich Paul ein unbekannter männlicher Leichnam aus der Elbe gezogen und nach der Totenhalle des Briesenitzer Friedhofes gebracht. In dem Toten wurde der seit Dienstag vergangener Woche vermählte Markthelfer Wörling, Jägerstraße 13 wohnhaft, ermittelt. — Von den beiden Kindern, die am Sonntag in der Bülowstraße 3, I., aus dem Fenster gefallen sind, ist das eine, der Knabe von sechs Jahren, im Krankenhaus gestorben.

Aus der Umgebung.

Dölschen. Eingebrochen wurde in der Nacht zum Dienstag im Kontor des Beegerischen Steinbruchs.

Blasewitz. Am Montag nachmittag fiel der achtjährige Schulfreund Barthel von hier vom Anlegeplatz vor dem Bootshaus des Dresdner Rudervereins in die Elbe. Er wurde sofort vom Sieg abgetrieben und ertrank, ehe überhaupt jemand Hilfe bringen konnte. Herrn Fleischermeister Köhle gelang es, die Leiche des Knaben zu finden.

Döhlen. Am 4. September beginnt im Krug zum grünen Kranze ein Kursus zur Erlernung des Esperanto. Lehrer Siegel-Deuben nimmt Anmeldungen entgegen.

Burg. Die untere Hauptstraße wird wegen Beschötterung vom Rathaus an bis zur Belgerstraße vom 29. bis 31. August für allen Fahrzeugverkehr gesperrt. Der Verkehr wird für diese Zeit über Brühlgasse verweisen.

Gerichtszeltung.

Landgericht.

Eisenbahndiebstahl. Der 22jährige Probst Eugen Alfred Müller aus Schmiedebühl hatte am 11. Mai erst das Gefängnis nach einer längeren Strafe verlassen und schon am 15. Mai begann er auf dem hiesigen Hauptbahnhofe wieder den ersten Diebstahl. M. hatte schon früher beobachtet, daß die Passagiere in den D-Zügen eine Zeit vor Abgang des Zuges kommen, mit irgendeinem Garbenderstein einen Platz im Abteil belegen und dann die Zeit bis zum Abgang des Zuges auf dem Perron spazieren gehen. Auf diese Gelegenheit stützte er seine Tätligkeit. Er löste sich eine Wagnisgarde, begab sich in den Zug und wählte sich unter den dort liegenden Effekten das für ihn Passende aus, nahm es mit und verließ den Zug durch einen anderen Wagen. Diese Art der Diebstähle hat schon zu seiner vorigen Verurteilung geführt. M. hat sich wegen vier solcher Diebstähle zu verantworten. Bei allen kommen Paletots in Betracht, von denen einer 150 M. und ein anderer 120 M. wert war. Die Diebstahlsobjekte verlor er für 5 bis 10 M. Aus Hannover sind sechs ganz gleiche Diebstähle gemeldet, und die dort gestohlenen Paletots sind auf den Namen des Angeklagten in Hannover besetzt. Diese Diebstähle bestreitet M. vorläufig nach, deshalb werden sie später verhandelt. Ueber die Motive zu seiner Handlungsweise gab er an: „Eine Stellung zu bekommen, sei ihm nicht möglich, er mußte aber leben.“ Der Staatsanwalt wies auf das gemeingefährliche Treiben des Angeklagten hin. Schon seit geraumer Zeit habe die Polizeidirektion bei Abgang jedes Zuges zwei Beamte stationiert, um die sich häufenden Coupablediebstähle einzuschließen und die Sicherheit des Verkehrs zu gewährleisten. Das Gericht erklärte auf 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus, 5 Jahre Ehrenrechtsverlust und Zutätigkeit der Polizeiaufsicht.

Unterhaltungen und Betrügereien berichte der 23jährige, aus Ungarn stammende Kaufmann Alexander Rade. Er lernte in Berlin eine zehn Jahre ältere Sängerin kennen, die einen solchen Einfluß auf ihn ausübte, daß er ihr zu Gefallen in den Südbahnhof, wo er angestellt war, 1722 M. unterließ. Ferner hat er ein Autogeschäft in Charlottenburg um 490 M. betrogen; im Caropäischen Hof hier in der Nähe des Hauptbahnhofes, dabei hat er außerdem den Besitzer um 34 M. 90 Pf. und den Besitzer um 6 M. angepöppelt. In einem großen Geschäft hat er sich für 20 M. Wäsche gekauft. Bei einem großen Schahwunderbalar in der Pragerstraße ließ es beim Verkauf, ebenso in einem Autogeschäft, als er eine Kasse nach Breslau ohne Geld entnehmen wollte. Sämtliche finanziellen Schäden, die der Angeklagte angerichtet hat, sind von seinem Vater gedeckt worden. Seine leichsinnigen Streiche scheint er sehr zu betreiben, auch hat er in der Untersuchungsstalt einen Selbstmordversuch unternommen. Das Urteil lautete auf 1 Jahr Gefängnis.

Schöffengericht.

Unfälligkeiten in höheren Schulen. Im Offiziersjahre wurde gegen den Spezialarzt Dr. med. Oskar Hermann Kähler in Leipzig und gegen den früheren verantwortlichen Redakteur der Dresdner Nachrichten Rodrichen Dr. Otto Bandmann wegen Verleumdung verhandelt. Der Rektor der Thomasschule in Leipzig, Geheimrat Studentent Professor Dr. Jungmann, hatte Stellung genommen, weil er sich durch einen Bericht Dr. Bandmanns über die Verhandlungen der Ortsgruppe Dresden der Gesellschaft zur Beförderung der Geschichtskenntnisse beleidigt fühlte. Diese Beleidigung hielt am 24. Februar im alten Stadtbibliothekensaal eine Verammlung ab, in der Prof. Jungmann aus Rücksicht einen Bericht über Segnal-Exposit hielt. In der Verammlung war auch Dr. Kähler anwesend, der auf besondere Einladung hin erschienen, da er ein bekannter Kritiker in Wissenschaftskreisen ist. Er machte sich auch in der Debatte als erster zum Wort und verlangte mehr Äußerung der Jugend in der jeweiligen Frage. Er führte ein Beispiel aus der Zeit des Provis eines Kollegen an, wonach an einem schändlichen Unfalle, mit dem ein Alumnat verbunden sei, die Sextaner bis Quartaner von den Primanern zur Bornehme unglücklicher Handlungen verurteilt wurden. Der Direktor waren dieser Art vorgenommen worden. Auf eine Anfrage des Vorsitzenden der Verammlung bestritt Dr. Kähler, daß diese Vorgänge etwa 15 Jahre zurückliegen. In dem Berichte Dr. Bandmanns hieß es, Dr. Kähler habe die Vorgänge bekanntgegeben, was sich an einem Leipziger Gymnasium im Alumnat ereignet, was sich an einem Leipziger die Vorgänge bekanntgeben. Der Direktor jener Schule waren diese Vorgänge bekannt. Er sprach aber davon zurück, den Angestellten zu reinigen, um kein Aufsehen zu erregen. Dr. Kähler wollte jedoch eine Verleumdung, daß nicht Vergehen noch § 175 in Frage kämen, daß es sich nicht um ein Leipziger, sondern um ein schändliches Gymnasium handle und daß die Vorgänge weit zurücklägen. Der Rektor der Thomasschule wurde kommissarisch vernommen und gab an, in seiner Schule wären keine Verleumdungen in der Richtung von § 175 vorgekommen. Allerdings wären vor etwa drei Jahren von einigen Schülern unfällige Denkschriften anderer Art vorgenommen worden, das Direktorium sei aber mit aller Strenge dagegen vorgegangen. Das Gericht erkannte gegen Dr. Kähler auf Freisprechung, da festgestellt worden war, daß er sich nicht in dem von Dr. Bandmann behaupteten Art ausgesprochen hat. Im übrigen konnten keine Verleumdungen nicht als Beleidigungen angesehen werden, denn sie waren rein wissenschaftlicher Natur und dienten lediglich der Notwendigkeit der Reinigung der Schüler über fällige Unfälle zu reinigen. Dem Angeklagten sei daher der Gehalt des § 183 zugunsten. Dr. Bandmann dagegen wurde zu 100 M. oder 10 Tagen Haft verurteilt und dem Rektor die Publikationsbefugnis zugesprochen. Die Verurteilung erfolgte hier wegen der Behauptung, die Direktorium spreche vor der Reinigung des Augustastalles zurück, um kein Aufsehen zu erregen.

Gewerkchaftliche Arbeiterbewegung.

„Unglaubliches“ Vorgehen der Gendarmen beim Rheinschiffertreik.

Vor dem Duisburger Schöffengericht wurde gegen den Angestellten der Transportarbeiter G. Müller wegen Verleumdung der Gendarmen der 8. Gendarmereibrigade in Pöhlens verhandelt.

Der Anklage lag folgender Vorgang zugrunde: Während des Rheinschiffertreiks benahmen sich die zum Schutze der Arbeitswilligen auf die Schiffe abkommandierten Gendarmen und Polizeibeamten den Streikenden gegenüber äußerst provokatorisch. Die damals schon in der Presse gemeldet, schossen die Gendarmen öfter ohne jeden Grund auf die Streikenden; besonders aber ein Vorkall in Bingen war für das Vorgehen der Beamten charakteristisch. Dort führten an einem Abend mehrere Streikende mit einem Rachen an einige Schiffe heran, um mit den Arbeitswilligen zu konferieren. Auf Anlaß eines Steuermanns erschienen plötzlich auf einem Schiffe Gendarmen, die ohne weiteres auf die im Rachen befindlichen Streikenden loskneten. Die Streikenden warfen sich auf den Boden des Raches nieder und hielten dann, wie auf den Gendarmen gerufen wurde: „So, da liegt einer!“ und: „So, da liegt wieder einer!“ Der Angestellte des Deutscherbundes, Genosse Haake, wurde bei der Schieferel, bei der 8 bis 12

Schiffe abgepackt verlegt.

Dieser Arbeiter-Vernehmen der Gendarmen.

Der Staat als Zeuge für die behaupteten Streikenden.

haben war, lassen habe, nachzuweisen.

Der Anklage von 200 geflagelten Wöchen.

Gericht in Darmen vorgegangen.

Die das Gericht gegen die Rufungsinstanzen über die Auf

werden wir er dieser Stelle er

„Es ist u dem in Frage h zurückgelegt h

Zeichn von dem und an diesen 8% Ue!) von gefürcht

Um dieses kommen zu laß die Leidtragenden

Joannistriedh Galletostrah

bestellen sich Ueberzeugung

Stenografischer schriften gemäß

Unser Dignität durch Unterla

lassen eines W

Wir habe fündigt und i

Dienstverbringer Rüdigungsschri

15. d. M., entl bezeichnet wor

bezeichnet wor

bezeichnet wor

bezeichnet wor

bezeichnet wor

bezeichnet wor

bezeichnet wor

bezeichnet wor

bezeichnet wor

bezeichnet wor

bezeichnet wor

bezeichnet wor

bezeichnet wor

bezeichnet wor

bezeichnet wor

bezeichnet wor

bezeichnet wor

bezeichnet wor

bezeichnet wor

bezeichnet wor

bezeichnet wor

bezeichnet wor

bezeichnet wor

bezeichnet wor

bezeichnet wor

bezeichnet wor

bezeichnet wor

bezeichnet wor

bezeichnet wor

bezeichnet wor

bezeichnet wor

bezeichnet wor

bezeichnet wor

bezeichnet wor

bezeichnet wor

bezeichnet wor

bezeichnet wor

bezeichnet wor

bezeichnet wor

bezeichnet wor

bezeichnet wor

bezeichnet wor

bezeichnet wor

bezeichnet wor

Schüsse abgegeben wurden, durch einen Schuß am Oberschenkel verletzt.

Diesen Vorgang schilderte Genosse Müller in einer Arbeiter-Versammlung in Duisburg und bezeichnete das Verhalten der Verdächtigten mit einem scharfen Ausdruck.

Der Staatsanwalt erhob darauf Anklage, Genosse Haase als Zeuge schilderte den Vorgang, wie er sich abgespielt hat. Er behauptete weiter, daß gegen drei der an dem Vorgang beteiligten Streikenden Anklage wegen Hausfriedensbruchs erhoben war, daß aber der Staatsanwalt die Anklage fallen gelassen habe, weil den Angeklagten keine strafbare Handlung nachzuweisen war.

Der Amtsanwalt beantragte gegen Müller eine Geldstrafe von 200 M. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von sechs Wochen. In der Urteilsbegründung wurde gesagt, daß das Gericht nicht annehmen konnte, daß die Verdächtigten in der von Haase bekundeten Weise vorgegangen wären. So etwas sei ungläublich. Die Aussagen des Zeugen seien deshalb das Gericht als unglaubwürdig an.

Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt, um in der Berufungsinstanz festzustellen, ob der gute Glaube des Gerichts oder die Aussagen einwandfreier Zeugen beweiskräftiger sind.

Polizei.

Von der Bezirksgerichtsanstalt Conserbia
werden wir ersucht, folgender Entgegnung auf eine vor kurzem an dieser Stelle erschienene Notiz Raum zu geben:

„Es ist nicht zutreffend, daß die betreffende Trägerkolonne an dem in Frage kommenden Tage bereits mehrere weite Wege zu Fuß zurückgelegt hätte und ermüdet war.“ Die Leute sind, ohne vorher Dienst gehabt zu haben, um 8 Uhr angetreten, haben 6 1/2 Uhr eine Leiche von der Straußstraße nach dem Trinitatisfriedhof beigesetzt und an diesem Dienst anschließend eine Beisetzungs- um 8 Uhr (nicht 8 1/2 Uhr!) von der Dreißigste nach dem St. Johannsfriedhof ausgeführt. Von einer Ermüdung kann somit keine Rede sein.

Um diesen Leuten den Verdienst für den zweiten Dienst zu lassen, ist es auf 8 Uhr abends hinausgeschoben worden. Die Leichtragenden haben die Straßenbahn benutzt, um nach dem Johannsfriedhof zu gelangen, und haben unterwegs auf der Canalstraße den Totenwagen mit der Leiche überholt, aber die bestellten sechs Träger vermied. Dies haben die Angehörigen bei Überlieferung der Rechnung bemerkt. Der Trägerbesteller und Kondultführer Wolf, der die Rechnung überprüfte, hat seinen Vorschriften gemäß diese Beanstandung und zur Kenntnis gegeben. Unsere Dignitätsbeisten für das Trägerpersonal, die die Träger durch Unterschrift anerkannt haben, lauten dahin, daß das Verlassen eines Bestandes strengstens untersagt ist.

Wir haben zunächst den sechs Trägern ordnungsgemäß gefündigt und ihnen dann eröffnet, daß sie uns den Anführer zu der Dienstreise bezeichnen möchten, da wir diesen nach Ablauf der Rühnwachzeit entlassen würden. Es ist uns daraufhin der am 15. d. M. entlassene Träger mündlich und schriftlich als derjenige bezeichnet worden, der die anderen Leute zum Verlassen des Bestandes veranlaßt hat.

Weitere Gründe zur Ründigung des Betreffenden lagen nicht vor, insbesondere nicht der Umstand, daß der Betreffende dem Verbande angehört.

Daß die Worte: Sie sind derjenige usw. gefallen sein sollen, befreiten wir.

Der angeführte „Moa“ hat nur einige Tage und zwar vor länger als einem Jahre in unserer Trägergarde ausgehalten. Es ist uns gleich, ob ein Träger dem Verband angehört oder nicht; wir verlangen nur, daß ein jeder Träger die von ihm anerkannten Dienstvorschriften innehat.

Aus der Umgebung.

Achtung, Kolgarbeiter!

Bei der Firma Steinmüller, Baufabrik, Pilsitz, legten am Dienstag die Arbeiter und Maschinenarbeiter die Arbeit nieder. Obwohl Herr Steinmüller in Gegenwart anwesend, wo die Arbeitstätigkeit wieder haben, und von dort mit Vorliebe Leute einstellt, so wird diesen in der Regel das Arbeitsverhältnis in Pilsitz bald unterbrochen und sie verlassen den Betrieb nach kurzer Zeit wieder. Wir ersuchen jeden Kollegen, diesen Betrieb zu meiden.

Deutscher Kolgarbeiterverband, Zahlstelle Niedersiedlitz.

Inland.

Eine hiesig-bundische Kolage an den Reichsverein liberaler Arbeiter und Angestellten!

h. Der Reichsverein liberaler Arbeiter und Angestellter bekommt in der jüngsten Nummer des Zentralorgans und Korrespondenzblattes der hiesig-bundischen Gewerkschaft eine energische und platte Abfage. Damit ist schon das Urteil über das ganze Wesen gesprochen, das von liberalen Zukunftshoffnungen zu leben geachtet. Zwar haben an der Leipziger Tagung und Gründung des Reichsvereins viele Gewerkschaftler teilgenommen. Der „Gewerksverein“ betont aber trotzdem ausdrücklich, daß die hiesig-bundischen Vereine mit der Sache nichts zu tun haben wollen. Die Verbandseleitungen, sowie auch die einzelnen Vorstände der Gewerkschaften stehen ihm (dem Reichsverein) völlig fern — so ist es natürlich zu lesen!

Das Erscheinen der neoliberalen Arbeiterbewegung durch die hiesig-bundischen erfolgt zuguterletzt deswegen, weil sie selbst in eine Krise gefallen sind, die für die freien Gewerkschaften geahret wurde. Uns gegenüber wurde immer von dem alleinigen wahren Prinzip der Neutralität gesprochen, das nach allen Regeln der Kunst und mit aller Macht der Verhältnismäßigkeiten großen Zeitfragen gegenüber durchzusetzen sei. Die hiesig-bundische Gewerkschaftsbewegung hat sich in diese Angelegenheit so betraut, daß sie jetzt sogar die Mitbestimmung am liberalen Arbeiterreichsverein kritisiert und sich energisch ablehnt. Damit ist dieser Gründung der Boden unter den Füßen entzogen, es wird ihm nichts weiter übrig bleiben, als die Leute offiziell zuzugeben, oder gleich anderen liberalen Regel- und Ranngegerlände weiter zu leben.

Aus der politischen Berufsvereinigungen.

Die Landwirtschaftliche der politischen Berufsvereinigungen hat in allerneuester Zeit einen besonderen Ausschuss zur Organisation der politischen Redner, Redner und Hilfsredner im Gauwirtschaftsverband errichtet. Die Tätigkeit dieses Ausschusses soll zunächst die Besetzung von Off- und Westposten, sowie Schichten umfassen. Ein unentgeltliches Arbeitsnachweismittel zur Stellenvermittlung von politischen Geschäftshilfen ist folglich errichtet worden.

Parteiangelegenheiten.

Eigenartige Vorgehen der Reichsleiter.

Eine Anzahl von Anträgen verschiedenen Wortlauts aber gleichen Inhalts liegt dem Parteivorstand vor. Darin wird der Parteivorstand aufgefordert, eine andere Auslegung des Punktes des Parteiprogramms: Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit vorzunehmen und die Befreiung der christlichen Kirche zur Parteifrage zu machen.

Diese Anträge sind, wie aus einem in der Parteipresse veröffentlichten Zirkular ersichtlich, von dem Genossen Wente in Dresden als Vorsitzenden des Reichsleiterbundes an die Mitglieder in den verschiedenen Orten verteilt worden, und zwar in der Weise, daß die Parteimitglieder, welche sich in der Sache nicht äußern, die Parteimitglieder, welche sich äußern, als wenn es sich um ein planmäßiges Vorgehen handle. In dem Zirkular sind vier verschiedene Muster zu Anträgen zur Verfügung gestellt, die jeweils eine andere Fassung des Punktes des Parteiprogramms enthalten, und die jeweils eine andere Fassung des Punktes des Parteiprogramms enthalten. In dem Zirkular wird ferner der gute Rat erteilt, die Einbringung eines Antrages zu vermeiden, wenn der Niederlage vorauszugehen ist.

Über nicht nur auf die eingehenden Anträge erwiderte sich die Parteivorstand der Reichsleiterorganisation, sie beschloß sich auch mit der Wahl der Delegierten. Es heißt darüber in dem Zirkular:

„Bei der Wahl der Delegierten möge besonders darauf geachtet werden, daß wir solche Genossen vorziehen oder bei der Wahl unterstützen, die unsere Anträge unterstützen. Solange zu einem Wahlbereich mehrere Wahlstellen gehören, ist es notwendig, daß sich diese Wahlstellen in einer möglichst einmütigen Konfession über die einzuschickende Schrift einig sind. Gegebenenfalls ist der Wahlbereich zu veranlassen, eine solche Konfession einzubringen. Wir erwarten nun mit aller Bestimmtheit, daß sich die Parteimitglieder umgeben sehr einmütig und gewissenhaft mit dieser Frage beschäftigen und Vorarbeiten in dieser Sache erledigen. Wir erwarten ferner, daß wir in allen Fällen Nachricht erhalten, was die Zeitung dort beabsichtigt zu tun, für welchen Antrag man sich entschieden hat, damit wir immer Direktiven geben können. Wir bitten auch, uns später mitzuteilen, ob dort ein Delegierter gewählt ist, der unsere Sache unterstützt.“

Eine ganze Anzahl Parteimitglieder kritisierte dieses Vorgehen in der schärfsten Weise. Unsere ablehnende Stellung zu den Anträgen selbst haben wir in eingehender Weise vor einiger Zeit dargelegt. Was aber das oben geschilderte Vorgehen betrifft, so geben wir zu, daß es natürlich dem Parteivorstand nicht verwehrt werden kann, Anträge in den Parteivorstand zu stellen zu lassen, wenn auch der verschiedene Wortlaut etwas Verwirrung an sich hat.

Das Vorgehen aber, daß der Parteivorstand wählen sollte mit den übrigen Parteimitgliedern für ganz ungehörig. Wohin sollte es kommen, wenn die Wahl von Delegierten zum Parteitag nicht nach allgemeinen parteiorganisationsgesetzlichen Gesichtspunkten, sondern nach vorgenommenen werden sollte, wie sie sich zu irgend einer Spezialfrage: Parteitag, Abstimmung oder Kampffrage usw. stellen.

Offentlich wendet sich der Parteivorstand mit aller Entschiedenheit gegen ein derartiges eigenbrüderliches Vorgehen.

Aus den Parteiorganisationen.

In der Generalversammlung des 8. Kreises (Pilsitz) wurde das Statut der Kreisorganisation dahin geändert, daß künftig die Generalversammlung aus Delegierten besteht. Es wurde eine Resolution an den Parteitag betr. schärferer Durchführung des Schnapsschloßes angenommen.

Nach einem Referat des Genossen Rühle wurden folgende Anträge zum Organisationsstatut der Partei beschlossen:

1. Der Parteitag soll jährlich abgehalten werden, dafür sind 7 bis 9 nebenamtliche Mitglieder jährlich auf dem Parteitag zu wählen.
2. Die Kontrollkommission hat auch in politischen Angelegenheiten als Aufsicht und Beschwerdestelle zu gelten.
3. Der § 19 des Organisationsstatuts ist wieder herzustellen.
4. Die Reichstagsfraktion hat wie bisher volles Vertretungsrecht auf dem Parteitag.
5. Der Einzelbeitrag soll 10 Pf. für männliche, 5 Pf. für weibliche Mitglieder pro Woche betragen.

In der Kreisgeneralversammlung des 1. Kreises (Pilsitz) wurde Reichstagswahlkreis (Stuttgart Stadt und Land) wurde Genosse Wente zum Reichstagswahlkreis gegen eine Minorität gewählt, nachdem das früher nur für die Stadt Stuttgart bestehende Reichstagswahlkreis in ein Reichstagswahlkreis umgewandelt worden war. 20 Delegierte hatten vor der Abstimmung den Saal verlassen. Wahlmeyer erhielt 82 Stimmen, 13 Jettel waren unbeschrieben, 7 Stimmen zerplittert.

Es wurden vorher Anträge angenommen, die Doppelmandate verbieten und die Abstimmung auf der Landesversammlung nach der Wahl der Delegierten vertretenen Mitgliederzahl verlangen.

Neues aus aller Welt.

Aufdeckung großer Goldbetrügereien in Hamburg.

Hamburg, 27. August. Goldbetrügereien in großem Umfange sind heute nachmittag beim Goldbureau St. Annen entdeckt worden. Drei mit Kasse und Spiritus beladene Wagen hatten bereits die Zollgrenze unbeanstandet passiert, als zwei Wagen, die ebenfalls durchfahren wollten, angehalten wurden. Die Polizei verhaftete zwei Männer, während drei entkamen. Außerdem wurde der Goldbureau, der die Betrügerei ungeschickt passierten, in Haft genommen.

Zwei Hebebrüder.

Berlin, 27. August. Zwei blutige Tragödien haben sich heute früh 5 Uhr zur selben Zeit in Potsdam abgepielt. In der Nähe der Ortschaften am Stadteck wurde der 18jährige Schriftsetzer Max Buchholz aus der Kantstraße 19 in Vorhagen-Straße, bei den Eltern wohnhaft, mit seiner Geliebten, der 15 Jahre alten Hebebrüder Marlene aus der Kantstraße 23 mit schweren Schußwunden aufgefunden. Beide haben die Tat mit selbsttätigen Fingern nicht bestritten. Die zweite Tat spielte sich in der Friedrichstraße 41 zu Potsdam ab, wo die 34 Jahre alte Wirtschaftlerin Mathilde Halkowitz in ihrer Wohnung von ihrem Geliebten, dem Arbeiter Günter, der in demselben Hause wohnt, durch zwei Schüsse in den Welt schwer verletzt wurde. Sie wurde nach dem Krankenhaus Krankenhaus gebracht, wo sie hoffnungslos daniederliegt. Der Täter konnte bereits verhaftet werden. Das Motiv der Tat ist in Eifer sucht zu suchen.

Automobilglück.

Wittstock, 27. August. Ein Automobil, in dem vier Einwohner von Wittstock einen Ausflug unternommen hatten, fuhr in der dunklen Nacht infolge eines Pneumatikdefektes in der Nähe von Wittstock gegen einen Baum. Die Insassen und der Chauffeur wurden ernstlich verletzt. Drei von den Insassen und der Chauffeur erlitten leichte Verletzungen, während der vierte eine schwere Gehirnerschütterung davontrug.

Opfer einer Schlägerei.

Hagen, 27. August. Im hiesigen Orte Gelling kam es zwischen jungen Burgen zu einer Schlägerei, in deren Verlauf ein Arbeiter erstickt wurde.

Diebstahl.

Offen (Rudt), 27. August. Im benachbarten Reithag ereignete sich gestern Abend eine schwere Diebstahl. Ein junger Mann verlor auf seine Geliebte einen Wochentag und verlegte sie durch einen Schuß lebensgefährlich. Als der Täter festgenommen werden sollte, gab er mehrere Schüsse auf sich ab, wodurch er tödliche Verletzungen am Kopf erlitt. Auch das Mädchen dürfte kaum mit dem Leben davonkommen.

Getrunken.

Oberlahnstein, 27. August. An der Volksmühle bei Oberlahnstein wollten gestern Abend zwei Frauen, ein zwölfjähriger Knabe und ein hiesig-bundischer Mädchen mit einem Kahn über die Zahn fahren. Die starke Strömung trieb den Kahn gegen das Wehr, das Boot wurde umgestoßen, und alle vier Personen ertranken.

Zur Strandung des Torpedobootes G 7.

Wittstock, 27. August. Die Strandung des Torpedobootes G 7, die, wie berichtet, vor einigen Wochen bei Wittstock stattfand, führte heute dem Kapitänleutnant Heibel vor das Marinekriegsgericht in Kiel. Der Offizier war angeklagt, die Strandung des unter seiner Führung stehenden neu erbauten Torpedobootes verschuldet zu haben. Der Materialschaden betrug 100 000 M. Das Kriegsgericht kam zu einem Freispruch, da die Strandung nach dem Urteil der Sachverständigen auf Stromverengung zurückzuführen war.

Von der Fremdenlegation.

München, 27. August. Der Reichsanwalt Adolf Weinsberger, der besucht hatte, seinen in Eibi von Abbas bei der Fremdenlegation dienenden Bruder zu befreien, und dort am 19. Mai auf dem Bahnhof verhaftet worden war, ist jetzt, wie die Münchner

M. W. melden, nach München zurückgekehrt. Rechtsanwalt Weinsberger ist wegen Verstoßes auf Desertion und wegen verbotenen Waffenbesitzes zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er hat diese Strafe inzwischen bei guter Behandlung verbüßt. Sein Bruder wurde wegen des Mordversuchs der Prinzess- adlertung überwiegen, bei der er sechs bis neun Monate verurteilt wurde. Er hat noch weitere vier Jahre in der Fremdenlegation zu dienen.

Tobfuchtsanfall eines spanischen Hauptmanns in Genf.

Genf, 27. August. Der Hauptmann de la Torre (Madrid) von der katalanischen spanischen Legion wurde hier plötzlich irrsinnig. Der Offizier bedrohte den Chauffeur des Logameters, dessen Fahrpreis er zu hoch fand, mit dem Revolver. Er reklamierte dem Genfer Staat eine Schuldsumme von 400 000 Frank. Auf dem spanischen Konsulat machte der Tobfuchtlige Lörm, wurde verhaftet und einer Irrenanstalt überwiesen.

Der Pfarrer als Mörder.

Hilfahon, 27. August. Nach Mitternachts aus Aldeire-Obispo kam es gelegentlich einer Verdringung zwischen dem Pfarrer und dem Vertreter der Ortsbehörde, auf dessen Seite sich die Bevölkerung stellte, zu einem Streit, in dessen Verlauf der Pfarrer den Vertreter der Behörde erschoss. Die Bevölkerung mißhandelte darauf den Pfarrer zu Tode und überließ sich schließlich auch der Verdringung des Pfarrers auf dem Kirchhofe.

Weiterbericht von der Weiterfäule an der Friedrich-Kugust-Brücke vom 28. August, mittags 12 Uhr.

Barometer 747. Veränderlich
Thermometer + 12° R.
Thermometergraph: Min. + 10°, Max. + 16°.
Hygrometer 60%
Wasserstand + 5 cm. Wassertemperatur 10° R.

Briefkasten.

Streitkräfte in Strien. Jede Person, die in einem regelmäßigen festen Lohn- und Arbeitsverhältnis steht, ist versicherungspflichtig. In Zweifelsfällen, die vorkommen, entscheidet die zuständige Behörde. Zweifelsfälle scheinen auch die zu sein, die Sie anführen.

H. L. Vermoerstrasse. Konfessionslos ist wer keiner Kirche oder anerkannten Religionsgemeinschaft angehört. Von der Kirchensteuer befreit erst der Eintrag ins Disidentenregister, mit dem die Steuer nichts zu tun hat. Den Eintrag muß jeder vor Gericht selbst bewirken, nachdem gilt er als Disident.

H. R. 18. Nach Ihren Mitteilungen scheinen die Pfarrämter die Sache verschieden zu handhaben. Wichtig ist, daß eine schriftliche Erklärung alle in nicht genügt. Deshalb ist eben das persönliche Erscheinen nach der schriftlichen Erklärung nötig. — Die Kinder von Disidenten sind nur dann vom Religionsunterricht in der Schule befreit, wenn sie solchen in einer anderen Religionsgemeinschaft genießen. Die deutsch-katholische ist eine solche.

Streitkräfte. Der Kreuturm ist 90 Meter hoch, der Rathaus-turm soll noch etwas höher sein. — Eine deutsche Meile hat 10 Kilometer.

J. S. Steinh. Napoleon II. war der einzige Sohn Napoleons I. Er führte den Titel eines Königs von Rom und war Herzog von Reichstadt.

H. R. Da der Vertrag noch nicht unterschrieben und noch nicht fest abgeschlossen war, ist es sehr zweifelhaft, ob Sie Anspruch auf Bezug der Wohnung machen können.

H. R. 111. Die Pensionsverhältnisse dieser Beamten sind uns nicht so genau bekannt. Wahrscheinlich ist aber, daß der Betrag in einzelnen Fällen so hoch ist.

H. R. 100. Weide mit A.
H. R. J. Ihre Frage ist unklar. Was meinen Sie mit „Erfolgsgeld“ und was mit dem „verfallen“? — Am besten ist, Sie erkundigen sich im Arbeitersekretariat.

Bereinskalender für Mittwoch.

4. Reichstagswahlkreis, Bezirk Köpchenbroda. Abends 8 1/2 Uhr Wichtige Mitgliederversammlung im Goldenen Anker, Köpchenbroda.

Bereinskalender für Donnerstag.

Steinarbeiter. Abends 8 1/2 Uhr Plenarversammlung der Sandsteinmengen im Volkshaus, Nummer 1.
Jahrestelle des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands für Dresden und Umgegend. Abends 7 Uhr Große Mitglieder-versammlung im Volkshaus, Schützenplatz.

Kleinverkaufspreise für Fleisch und Fleischwaren in Dresden.

Nähere Bezeichnung	Preise für 1/2 kg		
	am 25. August 1912	am 26. August 1912	am 27. August 1912
Rindfleisch			
Brast	80—120	80—120	70—120
Rauch	70—100	70—100	70—100
Bratenfleisch, Keule	90—140	90—140	90—140
Schaf	100—200	100—200	100—200
Lende, unausgeschält	80—130	80—130	80—130
Lende, ausgeschält	130—250	130—250	130—250
Kalb- und Hammelfleisch			
Schnitzfleisch	140—240	130—240	130—240
Keule	95—140	85—140	80—130
Uebrigste Keule	80—120	75—120	65—120
Schweinefleisch			
Keule	100—140	90—140	90—120
Roteletts	100—150	100—140	90—120
Rohfleisch	90—120	80—110	70—100
Schmalz			
Keule	90—120	80—120	70—120
Parre	100—140	90—130	90—120
Rauch	80—100	70—90	55—90
Streich	80—90	80—70	80—70
Rauchschmalz	90—140	90—130	80—130
Schinken, im ganzen Stück	100—140	100—130	100—120
Schinken, im Aufschnitt	140—240	140—240	140—240
Speck, geräuchert	90—120	80—120	70—120
Speck, roh	80—100	70—90	60—90
Schweinefleisch	90—120	90—120	90—120
Hilfsfleisch			
Rindfleisch	60—80	60—80	60—80
Blutwurst	50—140	50—140	50—140
Leberwurst	60—140	60—140	60—140
Jerbelwurst	120—240	120—240	120—240

Anmerkung. Es verstehen sich: der niedrigste Preis für Fleisch mit Zulage, der höchste Preis für Fleisch ohne Zulage.

Victoria-Salon.
Mr. Raury's schreibender u. lesender Hund „Dick“;
Ada Pagini; 4 London Belles; Komiker Westrum; Agna Witte-Tris;
Frères Chantrell; Madama de Paraky; Original-Tris Laube; Annie Ferrera; Kinematograph u. a. m. Anfang 8 Uhr.
Theater-Tunnel: Kinematograph-Ensemble „Hüttner“
Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntags 5 Uhr.

Waffen werden demnach... Die Waffen werden demnach...

Die Waffen werden demnach... Die Waffen werden demnach...

Die Waffen werden demnach... Die Waffen werden demnach...

Die Waffen werden demnach... Die Waffen werden demnach...

Die Waffen werden demnach... Die Waffen werden demnach...

Die Waffen werden demnach... Die Waffen werden demnach...

Die Waffen werden demnach... Die Waffen werden demnach...

Die Waffen werden demnach... Die Waffen werden demnach...

Die Waffen werden demnach... Die Waffen werden demnach...

Die Waffen werden demnach... Die Waffen werden demnach...

Ein Bericht... Ein Bericht...

Umichau

Freigabe des Sonnabendnachmittags

Wir erhalten folgende Mitteilung... Wir erhalten folgende Mitteilung...

Wir erhalten folgende Mitteilung... Wir erhalten folgende Mitteilung...

Wir erhalten folgende Mitteilung... Wir erhalten folgende Mitteilung...

Wir erhalten folgende Mitteilung... Wir erhalten folgende Mitteilung...

Wir erhalten folgende Mitteilung... Wir erhalten folgende Mitteilung...

Ein Bericht... Ein Bericht...

Umichau

Freigabe des Sonnabendnachmittags

Wir erhalten folgende Mitteilung... Wir erhalten folgende Mitteilung...

Wir erhalten folgende Mitteilung... Wir erhalten folgende Mitteilung...

Wir erhalten folgende Mitteilung... Wir erhalten folgende Mitteilung...

Wir erhalten folgende Mitteilung... Wir erhalten folgende Mitteilung...

Wir erhalten folgende Mitteilung... Wir erhalten folgende Mitteilung...

Ein Bericht... Ein Bericht...

Umichau

Freigabe des Sonnabendnachmittags

Wir erhalten folgende Mitteilung... Wir erhalten folgende Mitteilung...

Wir erhalten folgende Mitteilung... Wir erhalten folgende Mitteilung...

Wir erhalten folgende Mitteilung... Wir erhalten folgende Mitteilung...

Wir erhalten folgende Mitteilung... Wir erhalten folgende Mitteilung...

Wir erhalten folgende Mitteilung... Wir erhalten folgende Mitteilung...

Ein Bericht... Ein Bericht...

Umichau

Freigabe des Sonnabendnachmittags

Wir erhalten folgende Mitteilung... Wir erhalten folgende Mitteilung...

Wir erhalten folgende Mitteilung... Wir erhalten folgende Mitteilung...

Wir erhalten folgende Mitteilung... Wir erhalten folgende Mitteilung...

Wir erhalten folgende Mitteilung... Wir erhalten folgende Mitteilung...

Wir erhalten folgende Mitteilung... Wir erhalten folgende Mitteilung...